Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 268 Mittwoch den 15. November 1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 11—15. (611—615.) Bogen des 21. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 279. 280. Frankf. Bg. 333—335.

K. **Breslau, 15. November.**

Seit vielen Tagen schon liegt der lang vorbereitete Bruch der Krone mit der Volksvertretung offen da. Was die eine der beiden Gewalten beschließt und unternimmt, erklärt die andere für ungültig, d. h. wir leben in der Gesetzlosigkeit. Wo ist nun das Recht, wo die Entscheidung? Beim Volk und nur beim Volk. Das haben beide im Widerstreit stehenden Gewalten ausdrücklich anerkannt. Die Krone hat sich aufs Land berufen, und behauptet, das Ministerium Manteuffel werde sich sein Vertrauen zu erwerben wissen. Die National-Versammlung hat sich ebenfalls aufs Volk berufen. Des Volkes Rechte hat sie gewahrt, indem sie die ihrigen wahrte. Im Namen des Volkes hat sie gegen die ihr angethane Gewalt protestirt. Im Vertrauen aufs Volk haben diese 250 Männer gegen Drohungen, gegen Gefährdung ihrer persönlichen Sicherheit, gegen soldatische Uebermacht unerschütterlich Stand gehalten, haben sich von Ort zu Ort treiben lassen, haben sich Tage lang Ruhe und Schlaf versagt und haben Freiheit und Leben muthig eingesetzt. Im Vertrauen aufs Volk haben sie alle, alle gesetzlichen Mittel erschöpft. Nun ist ihr Beruf und ihre Kraft zu Ende. Von den Soldaten ist der Präsident der Versammlung aus dem Sitzungssaale geschleppt, durch die Soldaten wird man die Abgeordneten des preußischen Volkes, wo sie sich auch versammeln mögen, auf die Straßen werfen lassen, wenn man sie nicht, wie schon begonnen worden, auch noch einkerkern läßt. Die Versammlung kann nun nichts mehr thun. Die Reihe ist an uns. Auf uns, aufs Volk haben unsere Vertreter sich berufen, das Volk muß antworten. Und was verlangen sie von uns? O es ist eine Schmach, daß ein solches Verlangen noch an uns gestellt werden muß! Nur die Erklärung verlangen sie, daß wir ihnen erlauben, unser Recht zu wahren, nur die Erklärung, daß wir sie als unsere Vertreter noch ferner anerkennen, daß wir unser schwer erkämpftes Recht nicht wie feige Memmen Jedem hinzuwerfen gedenken, welcher die Hand darnach ausstreckt.

Und unsere Antwort? unsere Antwort? O neue Schmach! Nur wenige Städte noch haben den auf Antwort harrenden Vertretern Dank-Adressen zugeschickt, noch wenigere haben sich rückhaltlos auf ihre Seite gestellt, die meisten haben muthlos geschwiegen. Und Ihr habt es gewagt, die Versammlung früher zu tadeln, weil sie Euch nicht genug vertraute?

Nun, sie hat Euch jetzt vertraut, sie hat Euch das Leben und die Freiheit Ihrer Mitglieder anvertraut, sie hat Euer Recht in Eure Hand gelegt! Nun seht doch die Früchte dieses Vertrauens! Da sitzt sie in Berlin zwischen Kanonen und Bajonnetten, mit der Aussicht auf Kerker und Banden! Da sitzt sie und weicht nicht und harrt auf Antwort! — Und Ihr schweigt!

O redet doch wenigstens, redet, redet! Und wenn Ihr nicht für Euer Recht zu reden, wenn Ihr nicht Eurer Vertretung zu antworten wagt, so antwortet doch der Krone! Sprecht es doch aus, daß Manteuffel der Mann Eures Vertrauens ist, sprecht es doch aus, daß Ihr die Freiheit wollt, welche dieses Ministerium Euch bietet. Sprecht es doch aus, daß Ihr es billigt, wenn Eure eigenen Vertreter verjagt und auf die Straße geworfen, wenn Euch die erkämpften Waffen aus den Händen gerissen, wenn Censur und Polizeiherrschaft und Ausnahmsgerichte wieder eingeführt werden! Oder seid Ihr etwa auch dazu zu feig, Eure eigene Schmach zu bekennen?

Oder wollt Ihr Euch etwa mit der Versicherung einlullen lassen, daß die „gewährten“ Freiheiten Euch als Gnadengeschenk bleiben sollen?

Freiheit ist Selbstbestimmung. Frei seid Ihr nur, wenn Ihr durch Eure Vertreter Euch selbst bestimmen könnt. Aber das Ministerium hat Eure Vertreter verjagt, das Ministerium will für Euch bestimmen, was Freiheit sei. Ist das auch Freiheit? Das ist Polizeiherrschaft, das ist Absolutismus, mit süßen Phrasen überzuckert!

Oder wollt Ihr etwa glauben, Euch würden doch einige ärmliche Freiheiten gelassen werden, weil nur den Bürgern Berlins die Waffen entrissen, die Presse geknebelt, die Vereine und Versammlungen verboten worden? O des kindlichen Traumes! Glaubt Ihr wirklich, daß ein Ministerium Manteuffel mit Freiheit der Presse und Vereinigung regieren kann? Es muß Euch unterdrücken, Euch Alle, weil es sonst nicht bestehen kann. Was über Berlin ohne Veranlassung und Grund, im Zustande tiefster Ruhe und Ordnung willkürlich verhängt wurde, wird sich anderwärts wiederholen, wo der Geist der Freiheit sich noch zu regen wagt. Und wenn dann die größern Städte, die Sitze des politischen Lebens, unter tyrannische Ausnahmsgesetze gestellt sind und die dort erscheinenden öffentlichen Blätter wieder unter die Scheere des Censors gelegt werden müssen, werdet Ihr dann immer noch von Erhaltung der „gewährten“ Freiheiten träumen?

O wenn nicht alles Ehrgefühl in Euch erstorben ist, so redet, redet! Wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben. Die Entscheidung muß kommen. Und steht Ihr nicht einmüthig und fest wie eine Mauer, und fällt das Ministerium nicht unter dem Sturme dieses einmüthigen Volkswillens, so werdet Ihr eine blutige Entscheidung provociren.

Wenn Ihr aber nun zögert und abwarten wollt, ehe Ihr Euren Willen erklärt, so bedenkt, daß es nichts mehr abzuwarten giebt. Das Ministerium hat gesprochen, die Versammlung hat gesprochen, nun müßt Ihr sprechen und das bald. Jede Stunde Versäumniß kann Blutschuld auf Euch laden.

Schmach über jede Stadt, welche jetzt noch feige schweigt! Schmach über jeden Wahlbezirk, welcher jetzt seinen Vertreter im Drange der höchsten Noth rathlos verläßt! Schmach über jedes Blatt, welches seine Spalten der heiligen Sache verschließt!

Die Ihr durch Schweigen der Gefahr eines ungewissen Ausgangs Euch zu entziehen sucht, und bedenkt, daß das System des Absolutismus und der Gewalt nicht mehr bestehen kann, weil es Lüge ist und ein Hohn auf die Geschichte! Bedenkt, daß es früher oder später fallen muß, und wenn es auch im Augenblick siegreich wäre! Und wenn dann der Geist der Freiheit aus Schmach und Knechtschaft um so rascher wieder hervorbricht, und siegreich der Tyrannei auf den Nacken tritt, dann wird er auch Euch zertreten, und die, welche der Rache entgehen, wird das unauslöschliche Brandmal der Schande ruhelos forttreiben.

Darum redet, redet, so lange es noch Zeit ist.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 13. November.)

[Im Schützenhause.] Eröffnet um 12 Uhr. v. Unruh hat den Vorsitz. Waldeck verliest die Denkschrift der Kommission über die gegen die Minister beantragte Anklage. Die Kommission stützt die Anklage wegen Hochverraths auf **§ 92 Tit. 20 Theil II allg. L.-R.** Da es an Organen fehle, um die Minister zu strafen und anzuklagen, so beantragt sie, die Veröffentlichung der Anklage zu beschließen. Kühnemann will, daß für heute noch nicht auf den Antrag eingegangen werden solle. Das Land habe noch keine Kenntniß von dem Belagerungszustande, der über Berlin verhängt sei. Man möge das Urtheil des Landes abwarten. (Lärm. Widerspruch. Ruf nach Schluß.) Berg: Es sei eine Pflicht, die Wahrheit zu veröffentlichen. — Moritz: Es fehlt nicht an Organen zur Verfolgung eines hochverrätherischen Ministeriums. Noch ist die Wirksamkeit der Gerichte nicht gehemmt. Man möge sich nicht auf die Veröffentlichung der Anklage beschränken, vielmehr dem Staatsanwalt übergeben. (Stürmischer Beifall.) Waldeck und Zachariä sprechen sich in gleicher Weise aus. Es wird hierauf einstimmig beschlossen:

den Inhalt der Denkschrift zu genehmigen, dieselbe zu veröffentlichen und dem Staatsanwalt zuzustellen.

(Beifallssturm aus der Versammlung und von den Gallerien.) Nach Proklamirung dieser Beschlüsse verläßt der Abgeordnete Berends den Saal, um dem vor dem Hause in unabsehbarer Menge versammelten Volke Kenntniß zu geben. Die Mittheilung wird durch endloses Hurrahrufen aufgenommen. — Es erfolgt hierauf der Namensaufruf zur Konstatirung der anwesenden Mitgliederzahl. Resultat des Aufrufs: 239 Mitglieder sind anwesend.

d'Ester theilt mit: **Der Minister des Innern habe durch telegraphische Depesche den Provinzen angezeigt, die zurückgebliebenen Mitglieder hätten auf wiederholte Aufforderung den Saal verlassen. Wir müssen dem Lande von dieser offenbaren Unrichtigkeit Kenntniß geben.** (Furchtbarer Tumult. Lüge, grobe Lüge, infame Lüge!) Präs. macht darauf aufmerksam, daß er ausdrücklich vor dem Verlassen des Saales gegen die Anwendung der Gewalt, der die Vers. nur gewichen sei, protestirt habe. — Müller (Brieg) überreicht eine Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten zu Brieg. Berends theilt mit, die Post sende alle an Abgeordnete anlangenden Briefe nach Brandenburg. (Tumult.) — Präsident: Er glaube, versichern zu können, daß der Generalpostmeister von Schaper seine Pflichten nicht verletze. — Elsner erstattet über eine enorme Anzahl neu eingegangener Adressen Bericht. Unter Anderem erklärt ein Major a. D. v. Nordeck, sich zur unentgeltlichen Verfügung der Nationalversammlung zu stellen. Mehrere hundert Bürger Brandenburgs erklären sich aufs Entschiedenste gegen die Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg. Magistrat und Stadtverordnete von Glogau theilen ihr protestirendes Schreiben, das sie an den König gerichtet haben, mit. Adressen des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung von Breslau, Liegnitz, Torgau werden nach dem Beschlusse der Petitions-Kommission vollständig vorgelesen. — Köhler überreicht eine Adresse der Stadt Görlitz; Ludwig der Stadt Mühlhausen. Gierke theilt mit, daß die Bürgerschaft von Stettin in der Börse den Beschluß gefaßt habe, mit der Nationalversammlung zu stehen und zu fallen. Etwa 800 Personen haben diese Adresse überbracht, sind jedoch durch die bei Bernau aufgestellte Kavallerie angehalten worden. (Pfui! pfui!) Dierschke beantragt, daß der Denkschrift das Protokoll über die Vertreibung der Versammlung aus dem Schauspielhause beigefügt werde. — Dringender Antrag von Jacoby und Phillips: die Berichte über die ein-

gegangenen Adressen täglich dem Staats-Ministerium mitzutheilen. Motive: Die Proklamation des Königs spreche aus, daß die gegen die Nationalversammlung und die Berliner Bürgerwehr ergriffenen Maßregeln vielfachen Mißdeutungen ausgesetzt seien und von einer Umsturzpartei benutzt werden möchten, das Vertrauen des Landes wankend zu machen. — Die Adressen seien die Antwort des Volkes. Das Ministerium Brandenburg werde sich gegen die Anklage nicht mit der Unkenntniß des Volkswillens entschuldigen können. — Bredt glaubt, daß dem Antrage bei der jetzigen Lage der Dinge nicht stattgegeben werden könne. — Nach dem heute gegen das Ministerium gefaßten Beschlusse, so wie nach dem Beschlusse vom 9. November darf die Nationalversammlung mit einem solchen Ministerium nicht mehr in offizielle Verbindung treten. (Vielseitige Zustimmung.) Temme: Die Thatsachen sind richtig, aber das Ministerium ist noch in voller Wirksamkeit. Wir können Anklage erheben gegen das Ministerium, aber es nicht anerkennen, heißt Rechte der Krone antasten. — Behnsch: Wo das ganze Land in einen Schrei der Entrüstung ausbricht, wird sich das Ministerium schwerlich mit Unkenntniß entschuldigen können. Mit Hochverräthern darf die Nationalversammlung nicht in Verbindung treten. — Die Antragsteller ziehen den Antrag zurück. — Dringender Antrag von Fischer (Münster): Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt an ihre Pflicht gegen die revolutionairen Maßregeln des Ministeriums Brandenburg zu erinnern. — Plönnies: Die Nationalversammlung müsse von selbst wissen, was ihre Pflicht sei. — Parrisius: Wir sind stark genug, uns selbst zu schützen. Der Antrag findet keine Unterstützung. — Pause. — Präsident v. Unruh verläßt den Saal. — Waldeck übernimmt den Vorsitz. — Es verbreitet sich im Saale das Gerücht, verschiedene Militair-Abtheilungen seien zum Volke übergegangen. — Pilet theilt mit: er habe sich heut früh nach dem Schauspielhause begeben, um aus dem Archive einige Bücher und Papiere zu holen. Die sämmtlichen Bureaus, in welchen die Papiere, Akten und Schriften der Nationalversammlung aufbewahrt sind, sind von Soldaten angefüllt. — Nicht der geringste Schutz zur Conservirung der Papiere der Nationalversammlung ist getroffen. Die Soldaten gestatteten, daß ich aus dem Büreau was ich wollte entnahm. Sie erklärten, daß ihnen nichts übergeben sei, sie haben auch nicht darauf zu achten. M. H. Wenn es dem Ministerium Ernst gewesen wäre, uns nur zu vertagen, wäre es da nicht seine erste Sorge gewesen, unser Archiv zu schützen? (Pfui! pfui!). v. Unruh (inzwischen zurückgekehrt) fügt hinzu, die Büreau-Beamten hätten den Min. v. Manteuffel ersucht, ihnen zu gestatten, daß sie einige Ordnung in dem Büreau herstellten. Auch dies hat der Herr v. Manteuffel abgelehnt. (Infam, pfui!) — v. Unruh theilt ferner mit, daß er von der Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten Sr. Majestät dem König pflichtgemäß Anzeige gemacht habe. (Bravo.) Der Präsident schlägt Vertagung bis morgen früh vor; Schulz (Wanzleben) bis Nachm. 4 Uhr. Berends bemerkt, Vertagung sei bedenklich, in diesem Augenblicke laufe das Gerücht durch die Stadt, daß das Militär beordert sei, die Versammlung aus einander zu sprengen. Man möge jetzt die Wahl des Schriftführers an Stelle des zum Vicepräsidenten erwählten Sekretär Plönnies vornehmen. — Beschlossen, sofort noch einen Schriftführer und zwei Stellvertreter zu wählen. — ($1\frac{1}{2}$ Uhr.) — Nach beendeter Wahl der Schriftführer beschloß man die Sitzung bis die Wiedereröffnung dem Präsid. angemessen erscheinen würde, zu vertagen. Die meisten Abgeordneten entfernten sich und nur der Vice-Präsident Phillips mit einigen Schriftführern verblieben im Saale. Gegen 3 Uhr rückten von allen Seiten starke Militär-Pikets heran, besetzten das Schützenhaus und halten dasselbe, ebenso wie die Linienstraße und die angrenzenden Straßen gesperrt. (5 Uhr.)

⊙ **Berlin**, 13. Nov. [Tagesbericht.] Gestern gegen Abend endlich ist der lang erwartete Belagerungszustand proklamirt worden. Berlin hat die Haltung der letzten Tage bewahrt. Nur hat sich der imponirenden feierlichen Ruhe der Stadt auch ein gut Theil des sehr lebendig erwachten Berliner Witzes beigemischt. Der eigentlich sehr ernste Zustand wird rein komisch, wenn man sieht, wie wenig sich der Berliner durch ihn geniren läßt. Wrangel wird an allen Orten öffentlich verhöhnt, alle seine Renommagen, unter denen seine „Berliner Reden" und der „Graswuchs von Berlin" eine Hauptrolle spielen, werden von dem Volkswitze ausgebeutet. Die fliegenden Buchhändler bieten jetzt im Belagerungszustande, ganz als wäre nichts vorgefallen, als ständen den Herren Brandenburg und Wrangel nicht wie es doch leider Gottes der Fall ist, um Berlin vorläufig gegen 50,000 Mann mit 200 Kanonen zu Gebot, ein Brandenburg verhöhnendes Plakat aus: „Juchhe, juchhe o je doch nich, nach Brandenburg da jehen wir nich, reiß' du mit deiner Rechten aus, die Linke bleibt im Schauspielhaus." Fortwährend wechseln komische Scenen mit sehr ernsten ab. Bald sammelt sich ein Klubb und die humoristischen Plakate der letzten Tage werden laut verlesen, bald säubert ein Bataillon Soldaten dir Straßen. Zwei Mal ist es schon in unserer Nähe vorgekommen, daß der kommandirende Offizier einer Patrouille die Soldaten kleinen Volkshaufen gegenüber zum Laden kommandirte, daß diese aber ruhig Gewehr bei Fuß stehen blieben. — Die Presse ist inhibirt, „Onkel Voß" und „Tante Spener" werden jedoch erscheinen, wie sich von selbst versteht, mit Bewilligung Wrangels und der hohen Polizei. Die Nat.-Zeitung, ewige Lampe und die Volksblätter sollen jedoch morgen ebenfalls ohne alle Nachfrage bei der Polizeibehörde wie gewöhnlich ausgegeben werden. Die letzte Nummer unseres letzten Witzblattes „Kladeradatsch" ist sehr ernst gehalten und bringt am Schluß folgende Notiz der Redaktion: „der Ernst des gegenwärtigen Augenblicks gestattet uns nicht, Humor und Witz für diesmal walten zu lassen, wir glauben vollkommen durch die Gewalt der Umstände gerechtfertigt zu sein." — Man lasse sich jedoch durch den Berliner Witz keineswegs täuschen; — Berlin ist keineswegs blasirt, es wird trotz oder vielmehr gerade durch seinen Witz zur rechten Zeit ernst sein. — Die National-Versammlung, die in ihrer gestrigen Sitzung den Herrn v. Unruh fast einstimmig zum Präsidenten, und ebenso die Herren Philipps, Waldeck, Bornemann und Plönnies zu Vice-Präsidenten erwählt hat, setzt heut ihre Sitzungen im Schützenhause fort. Für den Abgeordneten Oberst-Burggrafen v. Brünneck, welcher sich am Freitag ohne Urlaub aus der National-Versammlung entfernte, ist (aus dem Lebuser Kreis) sein Stellvertreter Hr. Thienemann hier eingetroffen und hat bereits seinen Platz in der Kammer eingenommen. In der gestrigen Abendsitzung hat die National-Versammlung folgenden Beschluß gefaßt: die durch das Staatsministerium Brandenburg erfolgte Erklärung des Belagerungszustandes der Stadt Berlin ist eine ungesetzliche, und demnach nicht als rechtsgültig zu betrachten. Dieser Beschluß ist als Plakat an die Ecken geheftet und obschon mehrmals von den Soldaten abgerissen, doch immer wiederholt an den Ecken sichtbar. Am Schloß klebt diese Proklamation neben denen des Ministers Brandenburg und des Generals von Wrangel, in welcher der Belagerungs-Zustand ausgesprochen wird. — Die Bahnhöfe sind militärisch besetzt, doch ist man in der Prüfung der Ankommenden nicht sehr difficil. — In Potsdam hat es gestern und heute ziemlich ernste Konflikte gegeben, gestern sogar unter den Augen des Königs. — Eine Proklamation unserer Stadtverordneten warnt vor Gewaltmaßregeln. Man hat eine zweite Deputation nach Potsdam geschickt. — Die Wachen vor dem Oranienburger, Hamburger und Rosenthaler Thor sind noch von den Maschinenbauern besetzt. Die königl. Gebäude liegen voll Militär; aus Potsdam sind heut Garde du Korps eingerückt. — Daß in diesem Augenblicke die verschiedensten Gerüchte cirkuliren, deren Glaubwürdigkeit gar nicht zu prüfen ist, wird Niemandem auffallen. So erzählt man, daß in Halle sich eine provisorische Regierung konstituirt habe, daß einige nach Berlin gezogene Regimenter sich ihren Führern gegenüber renitent zeigen, daß die hiesige Universität werde geschlossen werden, daß der König eine Verfassung wie die belgische octroyiren werde u. A. mehr. — Für den früheren Ministerpräsidenten Abg. v. Auerswald ist sein Stellvertreter Glück hier eingetroffen. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung, die von Zuhörern so stark besucht war, daß die Tribune durch eine Säule gestützt werden mußte, sah man im Vorsaale den Abg. Rappord aus Frankfurt und den Abg. Sander aus Dessau. Man erzählt, daß der Anhaltinische Landtag (Dessau — Köthen) Dienstag zusammentreten und seine Hülfe der Nationalversammlung Preußens in der Art, wie es von Mecklenburg aus geschehen ist, anbieten werde. — Die Thore der Stadt bleiben ungeschlossen, da der Belagerungszustand auch für einen Umkreis von 2 Meilen erklärt ist. Es erregt Heiterkeit, daß so auch die Festung Spandau in den Belagerungszustand hineingezogen ist.

Nachmittags $4\frac{1}{2}$ Uhr. Im Augenblick sind unter den Linden einige Zusammenläufe durch Bajonnettangriffe beseitigt worden. — Die Stadt ist im Ganzen, obwohl sehr erbittert und aufgeregt, im Augenblick ruhig. — Es scheint fast, als werde es in Berlin zu einem entscheidenden Kampfe nicht kommen. Mit Bestimmtheit kann man jedoch darüber nicht urtheilen, da aus dem geringfügigsten Mißverständnisse, wie wir gesehen, schon große Kämpfe entstanden sind. — Die Ablieferung der Waffen Seitens der Bürgerwehr ist bis morgen Nachmittags 5 Uhr verlängert worden. Nach der diesfälligen Bekanntmachung des Polizeipräsidiums, die eine baldige Reorganisation der Bürgerwehr verspricht, scheint es, als beginne man schon einzulenken.

≌ **Berlin**, 13. November. Abends 6 Uhr. [Physiognomie der Stadt. — Es scheint trotz aller Ruhe, der Kampf unvermeidlich; Vorbereitungen dazu. — Eine einlenkende Bekanntmachung des Polizei-Präsidiums wegen Ablieferung der Waffen. — Das Polizei-Präsidium censirt nicht. — Die gestrige Abendsitzung der National-Versammlung, wichtige Beschlüsse. — Denkschrift, welche den Minister Brandenburg in Anklagestand versetzt; die Anklage soll bereits angenommen sein. — Die Deputationen werden vom Könige nicht angenommen. — Unruhen in Potsdam. — Die National-Versammlung wird mit Gewalt der Waffen vertrieben. — Die Prinzessin und der Prinz von Preußen. — Die Familie Wrangels in Stettin als Geißel festgenommen. — Das Standrecht soll publicirt werden. — Hanyöversche Truppen.] So hätten wir denn seit 24 Stunden den Belagerungszustand, d. h. nur nach der aus 10 Punkten bestehenden Proklamation des Herrn Wrangel, denn in der Wirklichkeit wird auch der Unbefangenste schwerlich eine Aenderung unserer Zustände erblicken, nur daß der Geist des Volkes von Minute zu Minute glühender, lebendiger und kräftiger für die Sache der Freiheit ist. Es gereicht mir zum Stolz und mit einer Begeisterung spreche ich es aus: Wrangel's Plakat über den Belagerungszustand wird so vollständig desavouirt, so durchgängig mit ironischer Verachtung hingenommen, wie es eine solche Despoten-Maßregel nur immer verdient. Im allgemeinen Verkehr ist nichts weiter gestört, als daß alle Geschäfte traurig verödet dastehen und daß Tausende von wohlhabenden Familien die Stadt verlassen haben, man schätzt die Zahl derselben auf 4000. Die Leute stehen in großen Attroupements auf den Straßen zusammen, Alles erzählt und frägt über das Geschehene, über das Kommende. Nach allem scheint ein Kampf unvermeidlich, obgleich das Volk den passiven Widerstand mit einem Muthe, mit einer Besonnenheit ausführt, die ihm einen ewigen Anspruch auf politische Freiheit sichern werden. Mit kalter Ueberlegung werden die Zubereitungen zum Kampfe getroffen, Munition und Pulver werden mit Geld aufgewogen; die Häuser sucht man zu förmlichen Festungen umzuwandeln, namentlich die Eckhäuser der Königsstadt. Borsig hat 8000 Beile anfertigen lassen, um eine Cernirung Berlins durch das Einschlagen der Mauern zu verhindern, indem eine Truppenumstellung um ganz Berlin eine Truppenmacht von 160,000 M. erfordert. Eben so hat derselbe 20 Mörser anfertigen und Gasröhren zu Kanonen umarbeiten lassen. Und doch ist bis jetzt die Ruhe noch nirgends gestört worden, und wird mit Eifersucht auf die Unterdrückung jedes Konflikts gewacht. Sogar bewaffnete Bürger und Arbeiter sieht man in großer Anzahl frank und frei auf der Straße, ohne auch nur aufgehalten zu werden. — Der Termin zur Ablieferung der Waffen ist fruchtlos vorübergegangen, es sind an allen 6 Ablieferungsplätzen bis jetzt Abends 6 Uhr 36 Gewehre abgeliefert, ein schlagender Beweis von der Gesinnung dnserer Bürgerwehr. Die Frist zur Ablieferung ist bemnach von dem Polizei-Präsidenten durch ein Plakat bis auf morgen Abend 5 Uhr prolongirt worden. — Ein anderes Plakat ist eben in der Druckerei, ich übersende es Ihnen im Original, weil es ein Zeugniß giebt, zu welchen Mitteln und zu welcher Sprache man jetzt seine Zuflucht nimmt, um den festen Willen der Bürgerwehr, die Waffen nur mit Gewalt nehmen zu lassen, zu bestehen*). — Selbst Plakate werden

---

*) Bekanntmachung. Im Auftrage des Herrn Ministrrs des Innern wird nachfolgende Bekanntmachung desselben hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

Die auf den Grund des Gesetzes vom 17. Okt. d. J. angeordnete Auflösung der Bürgerwehr in kürzester Zeit, ist außer den in der allerhöchsten Verordnung vom 11. d. M. enthaltenen, dieselbe vorzugsweise veranlassenden Gründen, unter den neuesten Umständen auch deshalb nothwendig, weil bei etwa eintretender bewaffneter und massenhafter Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung, die zum Schutze der Rechte der Krone in der treuesten Absicht herbeieilenden Bürgerwehrmänner in ihrer bürgerlichen Kleidung, von den Militär-Kommandos auch beim besten Willen nicht immer von einer aufrührerischen Menge unterschieden und daher im Fall des Waffen-Gebrauchs leicht von einem beklagenswerthen unverschuldeten Unglück mitbetroffen werden könnten.

Nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und unter Beobachtung der gesetzlichen Frist-Bestimmungen wird die Reorganisation der Bürgerwehr mit möglichster Beeilung erfolgen und Niemand wünscht aufrichtiger als des Königs Majestät und die Staatsbehörden, daß die Maßregeln, welche in Folge der Erklärungen des Kommandeurs der Bürgerwehr Namens derselben gegen das Korps im Allgemeinen zur Aufrechthaltung der Rechte der Regierung erlassen werden mußten, auf demjenigen Theile der Bürgerwehr nicht lange lasten mögen, dessen Treue und Eifer die, bereits in der allerhöchsten Verordnung vom 11. d. M. ausgesprochene

gedruckt und verkauft, ohne daß sie der Polizei angezeigt werden, ja, was am merkwürdigsten ist, das Polizei-Präsidium selber desavouirt vollständig die Maßregeln des Wrangel'schen Belagerungszustandes. Ich begab mich heute zu dem Polizei-Präsidium, um zu fragen, in wie weit sich eigentlich diese Wrangelsche Censurmaßregel erstrecke? Ich erhielt wörtlich zur Antwort: der Polizei-Präsident werde weder eine Erlaubniß ertheilen, noch sich gar auf irgend eine Censur einlassen, denn das sei eine vollständige Censur, zu der man sich nicht hergebe. Drucken Sie in Gottes Namen, so viel und was Sie wollen. Auf meine Einrede, daß sei ja aber eine vollständige Desanction des Wrangel'schen Plakates, wurde mir erwiedert: das mögen Sie mit dem Gen. v. Wrangel allein ausmachen. — Der Com. der Bürgerwehr Rimpler ist gestern Abend eben so plötzlich der Haft entlassen, wie er eingezogen war, — er hat die Führung der Bürgerwehr wieder übernommen, eben so wie die Majore sich als solche von Neuem dokumentiren. Die Listen der Bürgerwehr und die Gewehr-Quittungen sind von den Hauptleuten verbrannt worden. — Gestern Abend hieß es allgemein, die Nationalversammlung solle durch Militärgewalt gesprengt werden. Sofort trat darauf die Nationalversammlung zusammen. — Die Beschlüsse waren die Erklärung:

1) daß die Belagerung Berlins ungesetzlich und deshalb nicht gerechtfertigt sei. (Diese Erklärung ist bereits offiziell an den Ecken);
2) daß die Stellvertreter derjenigen Abgeordneten, welche die Verlegung nach Brandenburg verweigern, einer etwanigen Einberufung der Regierung nicht Folge leisten dürfen;
3) daß der Präsident, oder in dessen Verhinderung die Vice-Präsidenten die Versammlung in jedem beliebigen Orte zusammenberufen können, wenn die Versammlung aus Berlin mit Gewalt vertrieben werden sollte;
4) der Berliner Bevölkerung für die würdige, treue und entschiedene Haltung die Anerkennung zu zollen.

Hierauf wurde die Sitzung gegen 1 Uhr ohne jede Störung geschlossen und heute Vormittag 11 Uhr wieder aufgenommen. Hier wurde eine Denkschrift verlesen, welche 10 Punkte aufstellt, wonach das Ministerium Brandenburg sich des Hochverraths schuldig gemacht hat.**) — Diese Denkschrift soll veröffentlicht und dem Staatsanwalt zur Begründung der Anklage vorgelegt werden. Derselbe soll sie auch wirklich aufgenommen und der Kriminalgerichts-Direktor, Abgeordnete Harassowitz, sofort die Anklagekammer zusammenberufen haben. — Zahlreiche Adressen von außerhalb, besonders von der Rheingegend, laufen ein. — Eine Deputation von 500 Mann aus Stettin, welche sich zum Könige begeben wollte, ist in Bernau vom Militär angehalten worden und mußte zurückkehren. — Die sämmtlichen Eisenbahnen 2 Meilen im Umkreise von Berlin sind vom Militär gesperrt worden. Die Deputation der Stadtverordneten und des Magistrats ist beim Könige nicht vorgekommen und mußte unverrichteter Sache zurückkehren. Der Flügel-Adjutant Prinz Croy empfing die Deputation auf dem Schlosse in Potsdam, wo der König anwesend war. Er erklärte ihr, daß er sie nicht melden könne, da der König keine Deputation ohne Minister empfange. — Auch privatim als Bürger die Deputation anzumelden, versagte der Adjutant, eben so die Adresse in des Königs Hände zu legen. In Potsdam war gerade große Unruhe, man hat Wagen mit Brod und Lebensmitteln, die für das Militär bestimmt waren, geplündert; einige Brücken wurden abgebrochen. Der Aufstand war der Art, daß die gesammte Bürgerwehr allarmirt werden mußte. — Heute hat sich die Deputation der Stadtverordneten wiederum zu dem Ministerpräsidenten begeben, um denselben nochmals um Vermittelung zu bitten. Brandenburg ließ der Deputation durch den Major v. Griesheim erklären: daß der Zeitpunkt noch nicht da sei, wo der König solche Deputationen empfangen könnte, die auf sein Gefühl einzuwirken versuchen, um eine Maßregel zu unterdrücken, die das Staatsministerium um jeden Preis ausführen wolle. — Die Deputation wird nun täglich den Minister-Präsidenten fragen, ob denn jetzt der Zeitpunkt da sei, daß die Deputation vorgelassen werde. Alsdann haben die Stadtverordneten erklärt, daß kein Bürgerwehrmann das Recht habe, seine Waffen einem Andern zu geben, man möge die Waffen entweder behalten, oder an den bestimmten Orten abliefern. Die Nationalversammlung ist Nachmittag 4½ Uhr aus dem Schützenhause mit Gewalt der Soldaten vertrieben worden. — Der Vice-Präsident Plönnies, die Abgeordneten Schornbaum und Schneider waren im Saale beschäftigt, das Protokoll zu formuliren, als der Oberst Schornbaum aufforderte, das Lokal zu verlassen. — Plönnies erwiderte mit einer bewunderungswürdigen Kaltblütigkeit, daß er, der Präsident der National-Versammlung, nur der Gewalt der Waffen weichen werde, und arbeitete ruhig weiter, ohne sich stören zu lassen. Der Oberst ging und kam nach ungefähr einer halben Stunde wieder, indem er sich einige 30 Mann Soldaten mitbrachte. Der Oberst bat und flehte förmlich, daß man den Saal verlassen möchte, die Soldaten weinten und baten ebenfalls, sie nicht zu einer traurigen Pflicht zu zwingen. Plönnies blieb wieder standhaft und saß ruhig, worauf die Soldaten die Stühle der Abgeordneten emporhoben, und sie so heraus trugen, unter dem Jubel des Volks, in den auch die Soldaten mit einstimmten. — Starke Militärpatrouillen durchziehen mit geladenem Gewehr, gespanntem Hahn und aufgesteckten Zündhütchen den ganzen Tag die Stadt, mehrmals sind sie zum Einschreiten kommandirt worden — die Soldaten haben aber unzählige Male sich geweigert, dem Kommando zum Angriff Folge zu leisten. — Die Stadtverordneten haben Abends spät der Nationalversammlung noch ihr Lokal zur Disposition gestellt. — 300 Magdeburger Scharfschützen, welche hierher kamen, sind vor dem Thore von Wrangels Soldaten entwaffnet worden. — Der Magistrat zu Magdeburg hat für die dortige Bürgerwehr, welche sich der Nationalversammlung zur Verfügung gestellt, 30,000 Patronen anfertigen lassen. Eine Deputation aus Magdeburg war ebenfalls in Potsdam, konnte aber nicht zum Könige gelangen und entschloß sich, denselben auf seinem Heimgange aus der Kirche abzuwarten. Sie überreichte denn auch diese Adresse mit der Versicherung der Unterthänigkeit und Unterwürfigkeit Magdeburgs. Dadurch nahm der König die Adresse ab, wurde aber, als er sie gelesen, sehr finster und sagte: „Davon steht hier nichts drin! Sagen Sie zu Hause, daß ich weiß die angefangene Maßregel durchzuführen. — Die Prinzessin von Preußen soll heute dem Könige erklärt haben, daß wenn derselbe nicht eine Versöhnung mit dem Volke herbeiführe, sie mit dem Prinzen ins Ausland gehen würde. — Auch Grabow's Vermittelungsplan soll definitiv gescheitert sein. — Aus Stettin geht heute die positive Nachricht ein, daß man dort Wrangels Familie als Geißel festgehalten habe, und drohte, bei dem ersten Schuß, der in Berlin durch Wrangel fällt, sofort Repressalien an derselben zu nehmen. — Nur mühsam läßt sich jetzt spät Abends die Erbitterung zügeln, da das Militär an einigen Orten die Versammelten auseinandertreibt. Nur an einem seidnen Faden hängt es, und ein unabsehbares Unglück ist herbeigeführt. Alle Hoffnung richtet sich auf die Provinzen, helfen diese uns nicht, dann sind wir und die Freiheit verloren, treten diese jetzt nicht für uns ein, dann — nun dann sind sie nicht werth, frei zu sein. Allgemein erwartet man morgen geschärfte Maßregeln, Cernirung, Martialgesetz und Standrecht. — Die Nachricht ist hier vielfach im Gange und findet vielen Glauben, daß hannoversche Truppen zu unserer Rettung herbeieilen. — Bis diesen Augenblick, wo ich schließe (11 Uhr Abends) ist der Widerstand des Volks gegen die Gewalt nur passiv — doch wehr ahnts, was die nächste Stunde bringt?

Z **Berlin**, 13. Novbr. [Die militärischen Maßregeln werden mit eiserner Konsequenz fortgeführt, die Publikation des Standrechtes ist wahrscheinlich. — Eisenbahn. — Stadtverordnete.] Unsere Stadt bietet heute ein sehr bewegtes Aussehen. Trotz der Bestimmungen des Belagerungszustandes sind die Straßen sehr belebt und auf den öffentlichen Plätzen sammeln sich große Menschenhaufen. Mobile Kolonnen von Infanterie und Kavallerie, welche unablässig die Stadt durchziehen, zerstreuen alle Ansammlungen. Meistentheils gelingt ihnen dies auf die einfache Aufforderung. An mehreren Punkten hat sich Widerstand gezeigt. Vor der Universität, wo die Volkshaufen nicht gutwillig auseinandergehen wollten, wurde vor den Augen derselben geladen. Darauf zerstreute sich die Menge. Auf dem Dönhofsplatz ging das Militär nach vergeblicher Aufforderung mit umgekehrtem Gewehr vor, und schob die Massen auseinander. Ueberhaupt haben die Soldaten die strenge Weisung, bei Erfüllung ihrer Aufgabe mit der äußersten Mäßigung zu verfahren. Man fürchtet nicht, daß ein ernster Zusammenstoß erfolgen werde, obwohl Anzeichen dazu vorhanden sind. Am Hamburger Thor haben sich die Maschinenbauer bewaffnet aufgestellt, in der erklärten Absicht, der Wegnahme ihrer Waffen Gewalt entgegenzusetzen. — Der General v. Wrangel hat die Frist zur Ablieferung der Waffen bis morgen Nachmittag 5 Uhr verlängert. Alsdann sollen Zwangsmaßregeln angewandt werden. Dem Vernehmen nach will der General die Stadt in Quartiere absperren und die Waffen aus den Häusern holen resp

---

Anerkennung verdient und von dem mit Sicherheit erwartet werden kann, daß er in seinem bewährten Bürgersinne auch ferner verharren werde.

Berlin, den 13. November 1848.

Königliches Polizei-Präsidium.
von Bardeleben.

) Diese Denkschrift lautet: Der Graf Brandenburg, von Sr. Majestät dem Könige mit Bildung eines Ministerii beauftragt, hat sich trotz des fast einmüthig ausgesprochenen Mißtrauens der National-Versammlung diesem Auftrage zu unterziehen gewagt. Am 9. November erschien derselbe in der National-Versammlung, begleitet von den Herren von Ladenberg, von Strotha, von Manteuffel, den Mitgliedern dieses neuen Ministerii, dessen erster Schritt eine schwere Verfassnngsverletzung war. — Eine von dem Grafen v. Brandenburg contrasignirte Kabinetsordre vom 8. November sprach die Vertagung der National-Versammlung aus und verlegte deren Sitz nach Brandenburg. — Die National-Versammlung, deren Aufgabe es ist, in Gemeinschaft mit der Krone die Verfassung festzustellen, hat vom Volke ein Maudat erhalten, gegen welches keiner Gewalt ein Einschreiten gestattet ist, da es zugleich gelähmt, gehindert, zu nichte gemacht würde, wenn es in der Befugniß der Regierung läge, dasselbe, sei es auch nur zeitweise, aufzuheben oder gegen den Willen der Vertreter des Volkes, letztere von dem Orte ihrer Versammlung entfernen zu wollen. — Nicht zufrieden mit dieser, die Verfassung verletzenben Erklärung hat das Ministerium dieselbe in einer langen Reihe fernerer Gewaltstreiche fortgeführt. — 1) Es erkühnte sich der Graf Brandenburg im Namen des Ministerii, die Versammlung der Volksvertreter, als auf sein unberechtigtes Verlangen, die Sitzung zu schließen, von dem Präsidenten nicht eingegangen wurde, für eine ungesetzliche zu erklären, ja 2) in dem an den Regierungsrath v. Unruh adressirten Schreiben vom 9. November auszusprechen, daß er keine National-Versammlung und keinen Präsidenten der National-Versammlung mehr kenne. — 3) Auch auf thatsächliche Weise wurden die Eingriffe fortgesetzt, indem die Bureaubeamten u. die Geldmittel der Versammlung durch Verfügung des Ministers Manteuffel entzogen wurden. — 4) Dann erging am 10. Nov. ein Erlaß des Ministerii an den Kommandeur der Bürgerwehr, Rimpler, worin die Bürgerwehr aufgefordert wurde, den Mitgliedern der Nationalversammlung den Einiritt in den Sitzungssaal derselben zu verwehren. Es wurde eine Frist bestimmt, nach deren Ablauf angenommen werden sollte, daß die Bürgerwehr dem Beschlusse nicht Folge leisten werde und die Heranziehung des Militärs auf den Grund eines Erlasses des Ministers Eichmann in Aussicht gestellt. — 5) Eine Proklamation des Polizei-Präsidenten drohte das Einschreiten des Militärs an. Der General Wrangel sprach seine Absicht aus, auf dem Platze des Schauspielhauses mit den daselbst aufgestellten Truppen liegen zu bleiben und einen Zwang gegen die Vertreter der Nation auszuüben, indem denselben der Eintritt in ihr Lokal verwehrt werden sollte. — 6) Bei diesem Drohen der ungesetzlichen Gewalt verließ die Versammlung den Ort ihrer Berathungen, um sich am andern Morgen zur gewöhnlichen Stunde der Sitzung wieder dorthin zu begeben. Daran wurde sie jedoch behindert, weil das Lokal verschlossen und, wie aus dem Innern desselben mitgetheilt wurde, militärisch besetzt war. Die National-Versammlung protestirte durch das Organ ihres Präsidenten laut gegen diese Gewalt und begab sich zu einem Privathause, woselbst sie ihre Sitzung abhielt und damit in einem anderen Lokale fortfuhr. Das frühere Lokal der Nationalversammlung und die Bureaus derselben sind fortwährend militärisch besetzt und die Archive der Versammlung dabei ohne alle Aufsicht gelassen. — 7) Die von den ernannten Ministern kontrasignirte königl. Verordnung vom 11. November bezeichnet die von der Nationalversammlung fast mit Einstimmigkeit gefaßten Beschlüsse, als von einem Theile der Nationalversammlung ausgegangen und als ungesetzlichen Widerstand; sie ruft das Land auf, sich gegen die Beschlüsse seiner Vertreter zu richten. — 8) Als Fortsetzung der Gewaltmaßregeln erscheint die gleichzeitig verfügte Auflösung der Berliner Bürgerwehr lediglich auf den Grund gestützt, daß dieselbe, ihrer Pflicht getreu, die Nationalversammlung auseinander zu treiben, geweigert hatte, deren Schutz ihr oblag. Denn nach § 1 des Bürgerwehrgesetzes hat die Bürgerwehr die Pflicht, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen. Die Berufung auf den § 3 des Bürgerwehrgesetzes kann eine solche Maßregel unter den obwaltenden Umständen nicht rechtfertigen, vielmehr nur die Größe des Vergehens noch klarer ins Licht stellen. — 9) Während die Bevölkerung von Berlin zwar mit tiefster Entrüstung, aber mit entschlossener und ruhiger Haltung den vielfachen Gewaltstreichen zusah, ruhig blieb, als unerwartet die Truppen in großer Zahl wieder in die Stadt gerückt waren: da geschah eine entschiedene Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürgerwehr dadurch, daß die Truppen sich gegen den erklärten Willen der Bürgerwehr mit Gewalt der Wachtposten bemächtigten, welche jene vorher besetzt gehalten hatten. — Nach § 68 des Bürgerwehrgesetzes ist es ein Recht der Bürgerwehr, die Wachtposten einzunehmen, wenn sie solches für gut findet. Der Berliner Bürgerwehr war dies Recht schon vor Erlassung des Gesetzes zugesichert. — 10) Die vollkommenste Ruhe und Ordnung blieb in der Stadt aufrecht erhalten und kein Exceß, keine Spaltung mit dem Militär trat ein. Dennoch erklärte das Ministerium den Belagerungszustand der Hauptstadt, beauftragte den General Wrangel mit der Ausführung desselben. Dieser General hat demzufolge eine Proklamation verkündigen lassen, welche als Folge des Belagerungszustandes die freie Presse und das Associations-Recht diese Grundsäulen der Freiheit, diese durch die Verordnung vom 6. April d. J. als verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte vernichtet. Nur auf gesetzlichem Wege, nur in Uebereinstimmung mit den versammelten Volksvertretern hätte möglicher Weise eine solche Ausnahme-Bestimmung getroffen werden können. Die National-Versammlung hat deshalb auch die ganze Maßregel des Belagerungs-Zustandes für eine ungesetzliche erklärt. Diese Maßregel ist die Krone des Attentats, welche gegen die Vertreter des Volkes, gegen die blutig errungene Freiheit, gegen Recht und Gesetz das Ministerium Brandenburg sich erlaubt. — Die Verfassung ist schwer verletzt. Die Existenz der Volksvertreter gewaltsam bedroht, der Volksvertretec, deren ungestörte Wirksamkeit einen Bestandtheil der jetzigen Verfassung des Landes bildet. Die Reihenfolge dieser Attentate fällt daher schon nach den bestehenden Gesetzen unter den Begriff des Hochverraths, **welchen § 92 Th. II. Tit. 20 Allgem. Landrecht dahin feststellt:

„Ein Unternehmen, welches auf eine gewaltsame Umwälzung der Verfassung abzielt, ist Hochverrath!"

Berlin, den 13. Novbr. 1848.

Die National-Versammlung."

aufsuchen lassen. Es soll erforderlichen Falls das Kriegsgesetz verkündet werden. — Die zahlreiche Garnison soll heute und morgen noch um mehrere Tausend Mann verstärkt werden. Die Soldaten sind aus ihren Quartieren bei den Bürgern zum großen Theil in besondere Allarmlokale verlegt worden. Alle öffentlichen Gebäude sind von Militär besetzt, welches daselbst mit Munition und Proviant versehen worden ist. Ebenso haben an militärisch wichtigen Punkten sogar Privathäuser Besatzungen erhalten. Auf allen Bahnhöfen sind zahlreiche Piquets aufgestellt. Alle Wachen sind seit gestern Mittag von Militär besetzt. Die Besatzungen des Zeughauses und des Schlosses sind besonders zahlreich. Auf den Schloßhöfen stehen viele Kanonen und die Gitter sind gesperrt. Die meiste Artillerie ist seit gestern Mittag vor der Stadt, namentlich auf dem Kreuzberg aufgefahren. — Heute Morgen ist in der Nähe von Nowawes bei Potsdam die Potsdamer Eisenbahn durch Aushebung von Schienen beschädigt worden. Die Fahrten wurden dadurch für heute Vormittag unterbrochen. — Unsere Stadtverordnetenversammlung hat sich in Anbetracht der ernsten Zeitumstände für permanent erklärt.

*** Berlin**, 12. Novbr. [Berlin im Belagerungszustande. — Octroyirte Verfassung. — Der Prinz von Preußen im Widerspruche mit dem Könige.] **Die Bürgerwehr, welche in den Märztagen den Thron gerettet hat, ist aufgelöst; die Stadt ist von dem verantwortlichen Staatsministerium in unverantwortlicher Weise deshalb in Belagerungszustand erklärt worden, weil „die in hiesiger Stadt eingetretenen Ereignisse die ordentlichen Civil-Behörden außer Stand gesetzt haben, dem Gesetze die gebührende Geltung zu verschaffen,“** und doch weiß Niemand, daß irgend eine Civilbehörde von der Bevölkerung in ihrer Wirksamkeit gehemmt worden sei! Die Entwaffnungsordre hat bis jetzt so wenig Erfolg gehabt, daß von 26000 ausgegebenen Gewehren gegen Mittag nur 35 eingeliefert waren. Man hört, daß die Waffen theils verborgen seien, theils von den Wehrmännern selbst zum Kampfe zurückgehalten würden, in einzelnen Kompagnien von den älteren Bürgern jüngeren kampflustigen, namentlich auch Arbeitern ausgehändigt seien. Die Letzteren sah man von Mittag an einzeln vielfach mit Gewehren über die Straße eilen und sich nach Sammelplätzen begeben. Außer den amtlichen Plakaten war die Zahl der Anschläge nicht allzugroß; mehrere ältere wurden erneuert, so namentlich das des demokratischen Klubbs über die Worte des Abgrordneten Jakoby an den König. Ein zweites von demselben Klubb war gegen den General Wrangel gerichtet, ein anderes an die Soldaten, um sie abzumahnen auf das Volk zu schießen, welches die von ihnen mit erwählte Nationalversammlung schützen wolle. Ein „Ferdinand Robert“ unterzeichnetes Plakat mahnte von allem gewaltsamen Widerstande ab, da dieser nur dazu diene, den Belagerungszustand herbeizuführen, welchen man wünsche, um die Nationalversammlung aufzulösen. Der Erlaß, welcher den Belagerungszustand verkündigt, verbreitete eine unbeschreibliche Stimmung in der Stadt. An allen Ecken häuften sich die Gruppen, welche beim Laternenlicht eifrig lasen. Wuth und Angst malte sich in den Gesichtern; Familien eilten mit banger Furcht zu Hause. Bei Vielen stieg das Entsetzen um so höher, als sie nicht wußten, was man sich unter einem Belagerungszustande zu denken habe, und fast naiv darunter nichts anderes dachten, als eine Belagerung der Stadt, Beschießung ꝛc. Vor dem Schloß wurde die Verhängung des Belagerungszustandes unter Trommelschlag verlesen, in den übrigen Straßen an den Ecken angeschlagen. Die Nationalversammlung hatte bereits am Morgen ihre Sitzungen im Schützenhause gehalten und war noch am Nachmittag wieder beisammen. Sie wurde durch die Bürgerwehr der benachbarten Bezirke geschützt, welcher sich Abtheilungen der fliegenden Korps angeschlossen hatten. Auf die Nachricht vom Belagerungszustande richtete sich von allen Seiten bewaffneter Zuzug dorthin, weil man nun die Aufhebung der Versammlung fürchtete. Man erklärte selbst auf den Beschluß der Nationalversammlung, nicht weiter geschützt sein zu wollen, in seiner Stellung verharren zu müssen, und ging erst nach Beendigung der Sitzung auseinander. Es wurde inzwischen von Seiten der Militärgewalt nichts gegen die Versammlung unternommen, wie auch auf der Straße nichts geschah, wo die Gruppen nicht zu zwanzig, sondern zu Hunderten beisammen standen und diskutirten. Die städtischen Behörden beschlossen nach dem Eintritt dieser Ereignisse noch einmal eine Deputation nach Potsdam zum Könige zu senden, um ihm ihre oben erwähnte Petition persönlich ans Herz zu legen. Die Deputation fuhr Abends 9 Uhr hinüber, wurde aber auch diesmal nicht angenommen, indem es konstitutioneller Grundsatz sei, daß der König ohne Minister keine Deputation empfange. Die Deputation mußte daher unverrichteter Sache in der Nacht zurückkehren und sich daran genügen lassen, den Ministerpräsidenten für die sofortige Abgabe der Petition an den König persönlich verantwortlich zu machen. Eins der jüngeren Mitglieder im Magistrate hatte dem Vernehmen nach den Antrag gestellt, sich bei dieser neuen Deputation nicht mehr zu betheiligen, indem es der Stellung des Magistrats nicht angemessen sei, nach drei abschlägigen Bescheiden zum viertenmal um eine Audienz zu bitten, indeß war das Kollegium nicht darauf eingegangen. Trotz aller dieser aufregenden Ereignisse ist dennoch die Nacht ruhig verflossen; die Gruppen auf den Straßen verliefen sich gegen Mitternacht und nur in den öffentlichen Lokalen wurde lebhaft und leidenschaftlich diskutirt. Von einem Ereigniß ist uns mit Ausnahme eines einzigen Falles nichts bekannt geworden; es ist ein Wagen mit Kommisbrote auf der langen Brücke angehalten und einiger Brote, aber wie es scheint mehr aus Muthwillen und Oppositionslust gegen das Militär, als aus Eigennutz beraubt worden — gewiß in solchen Momenten fast wahnsinniger Aufregung ein hochachtbarer Beweis für die moralische Kraft der Bevölkerung! — Der Montag Morgen begann trübe und düster. Auf den Straßen cirkulirten unheimliche Gerüchte. Von allen Bahnhöfen kam Nachricht, daß die Züge ausgeblieben seien; nach Potsdam war der elektrische Telegraph zerschnitten. In vielen Straßen bewaffneten sich die Arbeiter, welche zu diesem Behufe von den Arbeitsplätzen zusammengeholt wurden, auch verlautete, sie wollten am Abend das Arbeitshaus stürmen und dessen Insassen zu Hülfe rufen. Es verlautete ferner von bewaffneter Unterstützung, die aus Stettin, Magdeburg, Spandau u. s. w. erwartet wurde, wo außerdem Unruhen ausgebrochen sein sollten, nnd einzelne Arbeiterhaufen zogen nach den Bahnhöfen, um diese Unterstützung zu empfangen. Militär-Patrouillen rückten ihnen nach. Später erfuhr man, daß auf Befehl des General Wrangel die Schienen aufgerissen seien, namentlich bei Spandow und Bernau, um die Bahnzüge und die mit denselben erwartete bewaffnete Mannschaft abzuhalten. Ferner hieß es die Seehandlung habe ihre Zahlung eingestellt, der Magistrat solle aufgelöst, seine Mitglieder sollten verhaftet werden. Ersteres erwies sich indeß bald als ganz grundlos, vom Letzteren hat sich bis jetzt nichts bestätigt. Da die Nationalversammlung Abends zuvor den Belagerungs-Zustand für ungültig erklärt hatte und dies am Morgen durch Plakat verkündete, so nahm man vielseitig von der Wrangelschen Instruktion keine Notiz. Namentlich stand das Volk in Gruppen von Hunderten diskutirend auf den Straßen beisammen und insbesondere zog es eine ungeheure Menschenmenge herbei, als der General Wrangel sich gegen Mittag einen Augenblick am Fenster des Schlosses zeigte. Es erschienen indeß auch Militärpatrouillen, welche die Haufen vielfach mit gefälltem Bajonett auseinandertrieben. Man wich dann auseinander, um anders wo wieder zusammenzutreten; doch ging dies meist ohne Geschrei und Exceß vor sich. In Betreff der Ablieferung der Waffen geschah von beiden Seiten nichts; gerüchtsweise verlautet, das Ministerium werde bis folgenden Tages einen neuen Aufschub gewähren. — **Man glaubt, daß in kürzester Zeit schon eine provisorische Verfassung, auf freisinnigsten Grundlagen promulgirt werden solle, (?) deren Gültigkeit nur so lange dauern würde, bis die nach dieser Verfassung berufenen Kammern dieselben revidirt haben. Bis dahin würde diese provisorische Verfassung gesetzliche Kraft haben, so daß wenigsten das Unbestimmte und Schwankende aller Zustände aufhörte.** — Bestimmten Nachrichten zufolge hat **der Prinz von Preußen Potsdam nicht verlassen. Man sagt, er werde eine Proklamation erlassen, in der er erkläre, der Ernennung des Ministeriums Brandenbnrg und allen von demselben getroffenen Maßregeln durchaus entgegen zu sein.** (?) — Man erzählt sich, daß der Abgeordnete Schramm (für Striegau) verhaftet worden ist. Ueber die Veranlassung laufen widersprechende Gerüchte um.

[Die Polizei weigert sich, die Censur auszuüben. — Die Polizei-Beamten und die Staatsanwälte legen Protest gegen die Mitwirkung bei den politischen Maßregeln ein. — Die Abgeordneten hochgeehrt. — Das Zettelabreißen.] In der Voß. Ztg. lesen wir folgende Mittheilungen: „Durch die bereits mitgetheilte Bekanntmachung des Generals Wrangel ist nunmehr auch die wichtigste der März-Errungenschaften, nämlich die Preßfreiheit gefallen und es ist die Censur auf unbestimmte Zeit wiederum eingeführt worden, indem es dort unter Nr. 4 heißt: „Plakate, Zeitungen und andere Schriften dürfen nur dann gedruckt, öffentlich verkauft oder durch Anschlag verbreitet werden, nachdem das hiesige Polizei-Präsidium die Erlaubniß dazu ertheilt hat. Die Redaktionen der meisten Zeitungen haben beschlossen, ihre Zeitungen lieber ganz einzustellen, als solche unter Censur erscheinen zu lassen und fast alle hiesige Literaten von Bedeutung haben ihr Ehrenwort verpfändet, keine Zeile mehr unter Censur zu schreiben. Als sich heut Abgeordnete der Zeitungen auf dem Polizei-Präsidio einfanden, um dort Auskunft über die neue Reorganisation der Censur einzuholen, wurde ihnen vom **Polizei-Präsidium** erklärt:

> **Dasselbe halte die betreffende Verordnung des Generals Wrangel für ganz ungesetzlich, das Polizei-Präsidium werde sich nur auf dem gesetzlichen Boden bewegen und keine Censur einführen. Es könne gedruckt werde, was da wolle, das Polizei-Präsidium werde keinen Censor bestellen.**

Solche Thatsachen beweisen am besten den Zustand, in dem wir uns hier befinden. — Dem Vernehmen nach haben gestern Vormittag sämmtliche hiesige executive Polizeibeamten durch die Polizei-Inspektoren Sebald, Hofrichter und Gsellius bei dem Polizei-Präsidenten v. Bardeleben Protest gegen jede amtliche Mitwirkung bei den gegenwärtigen politischen Maßregeln eingelegt, weil diese Maßregeln mit ihrer durch die Gesetze bestimmten Amtspflicht nicht in Einklang zu bringen seien. Auch die Staatsanwälte sollen das ihnen vom Ministerium gestellte Ansinnen, gegen die Abgeordneten der National-Versammlung einzuschreiten, mit der Erklärung zurückgewiesen haben, daß sie, wenn ihnen ein derartiger Auftrag zuginge, sofort ihr Amt niederlegen würden. — Das Lokal der Schützengilde, welches der National-Versammlung bisher zum Sitzungssaal gedient hat, ist gestern Nachmittag bald nach dem Schluß der Sitzung ebenfalls vom Militär besetzt worden. Die wenigen zurückgebliebenen Abgeordneten haben das Lokal so lange behauptet, bis ein Angriff gegen sie unternommen wurde. Die Nationalversammlung hat nunmehr den Saal der Stadtverordneten zu ihrem Sitzungssaal erhoben. **Hoffentlich wird man sich überzeugen, daß diese Jagd, welche nunmehr schon 5 Tage lang gegen die Abgeordneten des Landes geübt wird, unmöglich zu einem Resultat führen kann. Eine dauernde Verhaftung ist gegen die Abgeordneten, Gott sei Dank, nicht möglich, weil sich gewiß kein Richter dazu verstehen wird, einen Verhaftsbefehl zu geben. Man müßte denn neben dem Belagerungszustande das Martialgesetz oder vielmehr den Martialzustand proklamiren, die Abgeordneten vor das Kriegsgericht stellen und erschießen.** Hoffentlich wird das Ministerium nicht so weit gehen, auch unsere habeas-corpus-Acte zu vernichten! Wohin soll dieser unglückliche Zustand, diese vollständige Anarchie unter den Behörden führen! — Der Enthusiasmus für unsere National-Versammlung steigt mit jeder Stunde der heroischen Ausdauer derselben. Die einzelnen Abgeordneten werden, wo sie erscheinen, wie heilige Märtyrer begrüßt und auf den Händen getragen. Als sich gestern Abend das Gerücht verbreitete, daß das Ministerium sogar damit umginge, denjenigen Abgeordneten, welche im Staatsdienst stehen, die Gehälter zu entziehen, wurden sofort aller Orten Sammlungen zum Besten der Versammlung eröffnet und sind trotz der drückenden Noth bereits bedeutende Summen zusammengebracht. Selbst arme Arbeiter und Weiber drängten sich hinzu, um ihre Pfinnige und Dreier nach Kräften zu spenden. — Gestern und schon vorgestern Abend fand in unserer Stadt ein merkwürdiger Wetteifer im Zettelabreißen statt. Das Volk riß die schon vorgestern mitgetheilte Proklamation des Königs und die Bekanntmachungen der Minister und des Polizei-Präsidenten aller Orten ab, während Offiziere und Soldaten umherliefen und die Plakate der National-Versammlung abrissen, in welchen die Entwaffnung der Bürgerwehr und die Verhängung des Belagerungszustandes als ungesetzliche Maßregeln bezeichnet werden. Endlich schritt man zu dem Mittel, daß man die Bekanntmachungen des Polizei-Präsidenten und der Minister durch aufgestellte Jungen den Leuten in die Hände stecken ließ, um solche so vor dem Zerreißen zu schützen.“

Bei der heute beendigten Ziehung der 4ten Klasse 98ster königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Hauptgewinn von 10,000 Rthl. auf Nr. 4547 in Berlin bei Baller, 2 Gewinne zu 2000 Rthl. fielen auf Nr. 2765 und 11,217 nach Bunzlau bei Appun und nach Königsberg in Pr, bei Heygster; 32 Gewinne zu 1000 Rtl. auf Nr. 2377. 3945. 4385. 5367. 7381. 8207. 12,759. 15,333. 16,110. 16,116. 17,768. 18,269. 29,162. 31,968. 42,245. 48,238. 52,724. 56,267. 56,908. 66,032. 67,301. 69,188. 69,321. 69,428. 69,892. 73,459. 74,687. 75,918. 77,671. 78,836. 80,167 und 82,366 in Berlin bei Borchardt, 2mal bei Grack, bei Marcuse, bei Mendheim und 2mal bei Seeger, nach Breslau 3mal bei Froböß und 3mal bei Schreiber, Köln bei Krauß, 3mal bei Reimbold und bei Weidtmann, Driesen bei Abraham, Glogau bei Bamberger, Halberstadt bei Sußmann, Liegnitz bei Schwarz, Magdeburg bei Brauns, Merseburg bei Kie-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 268 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 15. November 1848.

(Fortsetznng.)

selbach, Naumburg bei Vogel, Reichenbach bei Scharff, Waldenburg bei Schützenhofer und auf 5 nicht abgesetzte Loose; 44 Gewinne zu 500 Rthl. auf Nr. 24. 2038. 3888. 4858. 7157. 9666. 12,792. 17,252. 18,451. 26,091. 31,974. 32,509. 34,896. 35,257. 35,314. 36,037. 36,573. 37,439. 37,911. 38,999. 39,044. 40,761. 43,378. 44,729. 44,938. 46,618. 48,807. 50,263. 53,075. 53,332. 55,088. 57,945. 59,656. 59,658. 62,909. 64.533. 65,062. 69,491. 77,020. 77,726. 77,777. 82,453. 82,941 u. 83,557 in Berlin 5mal bei Burg, bei Grack, bei Matzdorff, bei Moser und 3mal bei Seeger, nach Aachen 2mal bei Levy, Bielefeld bei Honrich, Breslau 2mal bei Froböß und 6mal bei Schreiber, Bromberg bei George, Kleve bei Cosmann, Köln bei Krauß, Düsseldorf bei Spatz, Elbing bei Silber, Halberstadt bei Alexander und bei Sußmann, Königsberg in Pr. bei Borchardt und bei Samter, Liegnitz bei Schwarz, Stettin 2mal bei Rolin, Weißenfels bei Hommel, Zeitz bei Zürn und auf 8 nicht abgesetzte Loose; 55 Gewinne zu 200 Rthlr. auf Nr. 732. 6453. 7067. 11,129. 11,490. 12,184. 13,048. 13,058. 16,089. 16,803. 20,752. 22,534. 23,679. 24,697. 25,094. 26,845. 30,937. 30,995. 31,416. 33,843. 34,121. 34,569. 34,730. 35,372. 35,750. 36,437. 40,447. 42,078. 43,602. 45,375. 45,568. 46,745. 48,585. 49,126. 53,994. 54,419. 54,639. 56,683. 57,230. 59,566. 59,936. 63,124. 64,508. 65,704. 66,822. 67,314. 67,334. 67,879. 70,841. 72,728. 75,460. 75,505. 77,005. 81,265 und 82,433.

Köln, 11. Novbr. [Volksversammlung.] In Folge der hier bekannt gewordenen Berliner Ereignisse fand heute Nachmittag im Eiserschen Saale eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher nach längerer Erörterung, woran sich namentlich Herr Raveaux betheiligte, folgende Zuschrift an die Mitglieder des Verfassungs-Landtages in Berlin angenommen wurde.

Die unterzeichneten Bürger Kölns erklären, daß sich die Vertreter zur Vereinbarung der preußischen Verfassung durch den am 9. d. M. gefaßten Beschluß:

„der Krone nicht das Recht zuzugestehen, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen"

den Dank des Volkes verdient hat; daß die Unterzeichneten diesem Beschlusse ihre volle Zustimmung geben und durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel dahin wirken weroen, demselben Geltung zu verschaffen.

Köln, den 11. November 1848.

(Folgen die Unterschriften.)

Ferner wurde ein Ausschuß ernannt, um dem hiesigen Oberbürgermeister-Amte von dem gefaßten Beschlusse Kenntniß zu geben und dasselbe aufzufordern, mit dem Gemeinderathe obiger Zuschrift der Bürger Kölns beizutreten. Ein anderer Ausschuß wurde mit dem Auftrage betraut, den Gemeinderath zu allen Schritten zu veranlassen, die zu thun seien, um von der Militärbehörde sofort die Herausgabe der in Folge des Belagerungszustandes der Bürgerwehr abgenommenen Waffen zu erlangen. Da der Gemeinderath heut Abend nicht in beschlußfähiger Anzahl zu versammeln war, so wurde die Ertheilung eines Bescheides auf morgen vertagt. Von Aachen ist ein Abgeordneter eingetroffen, um im Auftrage des dortigen Volksklubbs sich mit den Vereinen in Köln und Düsseldorf über die zu ergreifenden Maßregeln zu berathen.

(Rh. B. H.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 10. Novbr. In diesem Augenblicke befindet sich ein Entwurf Hansemann's über die Form der künftigen Reichsgewalt unter der Presse, welcher zwar an der neulich von Vincke angriffsweise berührten „Dreieinheit" festhält, aber eine Menge äußerst praktischer, echt staatsmännischer Winke enthält. — Die Oberpostamts-Zeitung bringt unter der auffälligen Ueberschrift „Nichtamtlich" 1½ Bogen Aktenstücke über die Verhältnisse zu dem Vororte und den Grenzkantonen der Schweiz, im Betreff der vom Vorort und Cantonsregierung vom 25. April und 26. August d. J. über Ausübung des Asylrechts gegebenen Zusicherungen und den Sachverhalt nach den Akten des badischen Ministeriums des Innern. Jene gehen im Allgemeinen dahin, daß vom schweizerischen Gebiet aus die Ruhe der Nachbarn nicht beeinträchtigt werden solle, diese bringen vom Heckerschen bis zum Struveschen Aufstande eine Reihe von Akten-Auszügen und Berichten über Dem widersprechende Thatsachen. Vielleicht soll diese Veröffentlichung der Vorläufer zu Grenzspermaßregeln gegen die Schweiz sein, von denen viel die Rede ist.

München, 7. November. [Die Auflösung der Kammer.] Morgen soll eine Sitzung des Staatsraths stattfinden zur Beschlußfassung über die Auflösung der Kammer der Abgeordneten und die Anordnung neuer Wahlen. Das Regierungsblatt vom Freitag oder Samstag wird dann die betreffenden königlichen Ausschreiben bringen. Man bezeichnet den 20. d. M. als den Tag, an welchem im ganzen Königreiche die Landtagswahlen beginnen würden, resp. die Wahl der Wahlmänner stattzufinden hätte.

Hamburg, 10. Novbr. [Besorgnisse.] Es wird hier die Besorgniß laut, daß, wenn das für Berlin Vorbereitete vollendet ist, Hamburg die dritte Großstadt, dem Beispiel Wiens und Berlins folgend, die Macht der Reaktion fühlen soll. Herr v. Schmerling soll sich sehr entschieden darüber geäußert haben, daß, wenn der auferlegte Eid nicht geschworen würde, die Sendung von Reichstruppen sofort erfolgen müsse. Hannoversche Truppen sollen in und bei Harburg zusammengezogen werden.

(B. Z.)

Bernburg, 6. November. [Die Erklärung des Herzogs.] Der Herzog hat in einem Erlaß aus Quedlinburg vom 2. November „An seine geliebten Anhalt-Bernburger" erklärt, daß der ihm vorgelegte Verfassungs-Entwurf Bestimmungen enthalte, zu denen er, nach den ihm obliegenden Pflichten für das Land und sein herzogl. Haus, die landesherrliche Sanction nicht ertheilen könne. Er habe daher vorläufig seinen Aufenthalt in Quedlinburg genommen, sich wiederholt um Absendung eines Reichskommissärs an den Reichsverweser gewendet, und sei nöthigenfalls, wenn er die Ueberzeugung erhalte, daß er ferner zum wahren Wohle seines geliebten Anhalt-Bernburg nicht mehr zu wirken im Stande sei, erbötig, die Regierung niederzulegen. Ein Extrablatt zum Regierungsblatt enthält nun heute einen herzoglichen Erlaß, welcher das bisherige Staatsministerium, das mit dem Herzog nach Quedlinburg geflüchtet war, entläßt, und die Ernennung des geheimen Regierungsraths v. Krosigk, zum einstweiligen Leiter der Ministerialgeschäfte.

Oesterreich.

† **Wien**, 15. Novbr. [Proklamation. — Die Theater. — Polizei-Spione. — Controle der auswärtigen Zeitungen.] Gleichzeitig mit der beigefügten Proklamation des Gouverneurs Welden, welche unmaßgeblich den Amts-Antritt desselben und somit gleichzeitig die Abreise des Fürsten Windischgrätz bezeichnet*), ist die Passage zwischen der Stadt und den Vorstädten freigegeben, damit wir jedoch nicht etwa des Belagerungs-Zustandes vergessen, in selbem Zuge durch eine Kundmachung eingeschärft worden, Wort und Rede behutsam zu zügeln. Da man wahrgenommen hat — so heißt es in dem Schriftstücke im hergebrachten barbarischen Stile — daß an öffentlichen Orten, besonders in Wirths- und Kaffeehäusern von Fremden und Einheimischen Reden geführt werden, welche zum Aufstand und Aufruhr zu reizen geeignet sind, so wird auf die Preklamation, welche solche Verbrechen unter das Standrecht stellt, warnend aufmerksam gemacht. In einer Vorahnung der Befreiung vom Banne der siebenten Thorschlußkunde finden heute Vorstellungen in drei Theatern statt. Das Karlstheater schloß mit „Freiheit in Krähwinkel" und debütirt heut mit „Unverhofft." Die Josephstadt wird Morgen beginnen; die Burg, deren Mitglieder sich von Baden, Wiener-Neustadt und Linz nach und nach mit mächtigen Bärten eingefunden haben, scheint noch von Olmütz Befehle zu erwarten. — Ein großer Theil der Truppen ist bereits nach Ungarn abmarschirt, wo die Operationen mit dem Eintreffen des Fürsten Windischgrätz beginnen werden. Vor einer Stunde sah ich in einem Zuge 10 Frachtwagen mit Gewehren von der Landstraße her nach dem Zeughause fahren. Professor Füster befindet sich auf freien Füßen. Die Füsilirung Messenhauser's hat sich bis jetzt nicht bestätigt. — Mit schwerem Herzen beklagen sich die Wiener über das Unwesen, welches die Naderer und Spitzel ziemlich offen allerwärts treiben und von dessen Bestehen die erwähnte Warnung des General-Majors Condon ein deutliches Zeugniß giebt. Man stimmt überein, daß diese Individuen, aus ihren Schlupfwinkeln nah und fern kriechend, sich den Behörden aufdrängen und sie mit Dienst-Anerbietungen, die man weder verlangt, noch, werden sie zudringlich geleistet, ablehnen kann, belästigen. So unangenehm und verletzend fühlt Wien dies verächtliche Treiben der Liebedienerei, feilen Geldgier und des Verrathes, daß es mit einer Stimme bereits die Anwesenheit Sedlnitzki's in der Hauptstadt, als des zurückgekehrten Chefs der Naderer betheuert. Die Militär-Behörde möge es darauf wagen, den Schutz derselben von sich fern zu halten! Zeitungen und Briefe erhalten wir noch immer sehr unregelmäßig. — Der Bruder Heinrich Heine's, Herr Maximilian Heine, zeither Redakteur des Fremdenblattes, hat wieder die Uniform angezogen und ist mit Beaufsichtigung und Controle der auswärtigen Blätter betraut worden.

*) Diese Proklamation lautet:

An die rechtlichen und verständigen Bewohner Wiens.

Alle Folgen einer fürchterlichen Anarchie sind in der schrecklichsten Gestalt an Euch vorüber gezogen und haben Zerstörung bis in das Familienglück eines Jeden verbreitet. — Ein solcher Zustand muß schnell enden, — das gute Prinzip, das Recht, wieder seine Stelle behaupten, sonst sind wir Alle verloren. Denn der Haushalt jedes Einzelnen, wie jener des Staats kann nur bestehen, wenn er auf Ordnung und Gesetz gegründet ist. Auch nur auf dieser Bahn bewegt sich die Erde, die Gott so schön geschaffen.

Glücklich! wären die schmerzlichsten Erfahrungen, die wir bisher gemacht, hinlänglich, dieses Euch fest in die Seele zu prägen, — dann könnte ich mit Zuversicht auf Eure Unterstützung rechnen. — Sie ist Bedingniß, soll mein Wirken gedeihen. — Nur ein Bund der Guten vermag den Staat und jeden rechtlichen Familienvater zu retten. — Ohne Staat hat auch er kein schützendes Dach.

Was die Bösen wollen, ist klar — es ist Zerstörung und unser aller Untergang.

Darum biete ich Euch die Hand zum großen Werke. — Beginnen wir es schnell, ehe eine gährende Zeit die Zerstörung mehrt. — Stoßt sie nicht zurück diese Hand. Mit meiner letzten Kraft weihe ich mich dem erhaltenen Berufe.

Vertrauen weckt Vertrauen! So komme ich Euch entgegen. — Ihr müßt mich verstehen. — Ihr werdet die Stimme der Vernunft und des Gemüthes erkennen, und mich nicht zwingen, im Donner der Geschütze die Ordnung zu verkünden.

Wien, am 12. November 1848.

Der k. k. Gouverneur der Hauptstadt Wien:
Welden,
Feldmarschall-Lieutenant."

* **Wien**, 13. Nov. [Welden. — Aus Ungarn.] Der zum Gouverneur von Wien ernannte kaiserl. FML. Baron Welden ist seit vorgestern in unsern Mauern. Er wird in Abwesenheit des nach Ungarn vorrückenden Marschalls, Fürsten Windischgrätz, die Civil- und Militär-Gewalt in sich vereinigen. Heute hat er seine Amtsthätigkeit begonnen. — Wegen Austreten der Flüsse fehlt eine Post aus Mailand. — Nach Berichten aus Göding vom 11ten war FML. Simonich mit seinen Truppen gegen Tirnau vorgerückt. In Preßburg, welches Donnerstag angegriffen werden soll, rüstet sich Kossuth zum Widerstand.

J **Prag**, 12. Novbr. [Die czechischen Deputirten. — Besorgniß vor einem nationalen Kampfe. — Czechismus in den Schulen. — Kossuth und die Ungarn. — Der Hof.] Heute gehen die geflohenen czechischen Deputirten nach Kremsier ab; sie hatten den Unverstand, eine Feierlichkeit deshalb abhalten lassen zu wollen, zu welcher die gesammte Nationalgarde ausrücken sollte. Aber die Sympathien für sie sind winzig, man durchschaut ihre Pläne und so fand denn diese Ausrückung bei allen Garden einen so entschiedenen Widerspruch, daß sie unterbleiben mußte; bloß einige Offiziere begleiteten die Scheidenden, welche die allgemeine Achtung verscherzt haben und denen man auch hier mit Recht Mitschuld an dem Ausbruche der Wiener Ereignisse zuschreibt, indem sie feige flohen, wo Bleiben und Handeln Noth that. Mehrere der Deputirten haben es doch auch eingesehen, daß sie ihrer Sendung nicht gewachsen seien und daß der Czechismus mit ihrer Wahl eine Blame gegeben habe und ihre Mandate niedergelegt; gleich aber macht sich die Slovanska Lipa wieder unnütz und bringt eine Kandidatenliste, natürlich der fanatischesten Ultra's. Wer die geistigen Kräfte kennt, welche ihr zu Gebote stehen, der kann nur die Achseln zucken und jene bedauern, welche sich unter solche beugen. Uebrigens wäre es längst an der Zeit gewesen, diese Anmaßungen in ihre Schranken zu weisen und wir Deutschen sollten gewaltig auf unserer Hut sein, ehe es zu spät wird. Aber der deutsche Verein wirkt nicht, die Mitglieder haben Furcht vor den Deutschfressern und so dürfte die Prophezeihung der Pfingstwoche zur Wahrheit werden, daß in Prags Straßen ein nationaler Kampf gefochten werden wird. Was wir zu erwarten haben, welche Begriffe die Slaven von Achtung fremder Nationalität und Völkerrecht haben, dies haben uns die Vorgänge bis zur Pfingstwoche gelehrt, dies zeigen uns die Vorgänge in Süd- und Nord-Ungarn. — Mit Beginn dieses Schuljahres fängt an allen Gymnasien der obligate Unterricht der böhmischen Sprache an; man will also uns Deutsche mit Gewalt czechisiren, während der Czeche bei jeder Gelegenheit über den Magyaren herfällt — wegen Magyarisirung der Slaven. Leitmeritz bekömmt ein Lyceum, wir hoffen, daß diese deutsche Stadt entschieden gegen jede

slavische Lehranmaßung auftreten werde. An der Universität sollen ebenfalls einige böhmische Vorlesungen über verschiedene wissenschaftliche Zweige gehalten werden; wir zweifeln aber, daß sie sehr besucht sein werden. — Vor drei Tagen ist Kossuth's Familie hier durch nach Hamburg gereist. Vom ungarischen Schauplatz hört man, daß die Ungarn bei Göding und Holics eine fast unangreifbare Stellung angenommen haben. Bestätigt sich das Gerücht, das unter den Czechen kursirt, daß die Serben in Süd-Ungarn mit den Ungarn einen vortheilhaften Frieden abgeschlossen haben und sich von Oesterreich losreißend, mit den türkischen Serben vereinigen wollen, so dürfte die Sache bald eine andere entscheidende Wendung bekommen. — Man erwartet noch immer, daß der Hof seine Winterquartiere hier nehmen werde.

Frankreich.

Paris, 10. Novbr. [Die Verfassungs-Einweihung.] Der neue Unterrichts- und Kultus-Minister Freslon hat an sämmtliche Bischöfe ein Rundschreiben erlassen, worin er sie ersucht, religiöse Feierlichkeiten behufs der Verfassungs-Einweihung in ihren Kirchsprengeln zu verordnen. Auf dem Konkordiaplatze zu Paris naht sich die Kapelle, unter welcher der Erzbischof Sibour die neue Verfassung einsegnen und das Tedeum anstimmen wird, bereits ihrer Vollendung. Uebermorgen findet diese Verfassungsweihe statt. Abends wird großer Ball im Stadthause sein. Die Armen werden an diesem Tage 20 statt 12 Centimen zugetheilt bekommen. Da die National-Versammlung mittelst Gesetzes vom 6. November zur Vertheilung an die Armen in Paris und den Departements für den Tag des Verfassungsfestes 600,000 Fr. bewilligt hatte, wie es heißt, wird übermorgen der Moniteur auch eine Amnestie für Vergehen in der National-Garde und für Waldfrevel verkünden. Der Minister des Innern hat auf seine Einladungen an die National-Garden der Departements zu dem Verfassungsfeste schon zahlreiche Antworten erhalten. Eine Menge Deputationen, und darunter aus den entferntesten Theilen des Landes, sind nach Paris unterweges.

Schweiz.

[Die neue Bundesversammlung] hat ihre Verhandlungen eröffnet. Im Ständerath (Oberhaus, Senat) wurde Bürgermeister Furrer von Zürich zum Präsidenten, Staatsrathspräsident Briatte von Waadt zum Vicepräsidenten gewählt. Von Uri und Obwalden sind Erklärungen eingegangen, daß die Landsgemeinden, indem sie Abgeordnete zu der Bundesversammlung senden, nur dem Drange der Umstände weichen und ihre Souveränetätsrechte verwahren.

Lugano, 4. November. [Ausweisungen.] Auf die Forderung der eidgenössischen Repräsentanten hat der Staatsrath beschlossen, die an den jüngsten Aufständen an der lombardischen Grenze betheiligten italienischen Flüchtlinge fortzuweisen; dagegen wurde der weiteren Forderung der Repräsentanten, daß alle Flüchtlinge aus dem Kanton entfernt werden, noch nicht entsprochen. So viel man hört, haben die Repräsentanten der Regierung einen Termin angesetzt, nach dessen Ablauf sie weitere Truppen in den Kanton Tessin einrücken lassen und der letzten Forderung Vollziehung geben werden. Mazzini, welcher als das Haupt aller dieser Bewegungen angesehen werden muß, wurde von der Regierung weggewiesen. Von Seite des an der Gränze kommandirenden General Wohlgemuth ist mit Rücksicht auf die jüngsten Einfälle der Flüchtlinge ein Schreiben an die Repräsentanten eingetroffen, in welchem die Entfernung der Flüchtlinge verlangt und bedeutet wird, daß man, im Falle nicht entsprochen würde, österreichischerseits genöthigt wäre, die früheren Maßregeln wieder eintreten zu lassen. (N. Z. Z.)

Italien.

Turin, 4. Novbr. [Erklärung des Ministeriums, — Die Frankfurter Vermittlung.] In der Sitzung der piemontesischen Deputirtenkammer vom 2. Novbr. erklärte Minister Pinelli: das Ministerium fühle lebhaft das Bedürfniß, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, wenn es nicht wegen Piacenza's die schuldige Gerechtigkeit und überhaupt ehrenwerthe Verträge erhalte. Die Schwierigkeiten, auf die es stoße, rühren nicht von äußern, sondern von innern Fragen her; es sei bereit, einem Kammerausschuß hierüber das Nähere mitzutheilen. Dieser wurde, 15 Mitglieder stark, 8 oppositionelle, 7 ministerielle, ernannt, wird aber schwerlich viel erfahren, da im Verlauf der Debatte die Minister verlangten: wenn sie ganz offen reden sollten, so müßte die Kommission zur Verschwiegenheit verbunden werden, und die Kammer auf dies Verlangen nicht einging. Wegen der „Frankfurter Vermittlung" äußerte sich der Minister des Innern auf eine Interpellation dahin: genau könne er über diese Thatsache nicht antworten, aber das könne er versichern, **daß das Kabinet durchaus nicht geneigt sei, irgend eine Vermittlung anzunehmen, die von der ihm schon angebotenen der beiden Großmächte, England und Frankreich, verschieden sei** (nach einer andern Version: es werde nie eine andere Macht in die italienische Frage sich zu mischen haben, als England und Frankreich).

Lokales und Provinzielles.

∗∗ **Breslau**, 14. Novbr. [Bericht über die Sendung der Breslauer Deputation nach Berlin.] Heute Mittag kehrte die Deputation, welche nach Berlin gesendet war, um die in der Zeitung bekannt gemachten Adressen Seitens der städtischen Behörden an die National-Versammlung und an den König bringen sollte, zurück. Der Deputirte Dyhrenfurth referirte, daß die Deputation den Präsidenten der National-Versammlung gesprochen und ihm die Adresse überreicht habe. Hoch erfreut habe es denselben, daß die Stadtverordneten die für die National-Versammlung und für ihre Schritte zustimmende Erklärung abgegeben haben, daß die National-Versammlung jetzt der einzig berathende und gesetzgebende Körper sei. Zustimmende Adressen gingen stündlich ein, auch Köln habe zustimmend sich ausgesprochen. Der Präsident fügte weiter hinzu, daß die Schritte, die der vorige Präsident Grabow gethan, ganz erfolglos gewesen, und der König erklärt haben solle, von dem betretenen Wege nicht abgehen zu wollen. — Die Deputation wollte sich nun per Eisenbahn nach Potsdam begeben, mußte jedoch den Weg per Wagen zurücklegen, **da die Schienen um jeden Zuzug zu hindern, aufgerissen waren. — Der König hat die Deputation nicht angenommen, indem der Flügel-Adjutant erklärte, daß ohne Anwesenheit eines Ministers der König keine Deputation annehmen könne. Die Deputation möge daher ihre Adresse per Post an den König gelangen lassen.** Im Schlosse herrschte große Stille und auf den Gesichtern las man eine Niedergeschlagenheit, wie sie selbst im März nicht statt gehabt. **Der Prinz von Preußen war noch in Potsdam. — Die Deputation berichtete noch, daß als der Vice-Präsident Plönnies mit den Sekretären im Sitzungssaale der National-Versammlung geblieben, nachdem die Session geschlossen war, sei eine Kompagnie Militär eingedrungen, der Hauptmann habe denselben aufgefordert, den Saal zu verlassen und als jener erklärte, daß er dies nur in Folge einer Gewaltmaßregel, d. i. gezwungen thun werde, ergriffen zwei Soldaten den Vice-Präsidenten unter den Armen und geleitete ihn auf die Straße.** Auf die Soldaten soll dieser Akt nicht zu Gunsten der Krone gewirkt haben. Nachträglich bemerkte noch Herr Dyhrenfurth, **daß die Anklage gegen die Minister auf Hochverrath dem Staats-Anwalt Sethe übergeben sei.** Die Physiognomie der Stadt sei so, wie wir es in der Zeitung gelesen. Bei einem Zusammentritt der Studenten habe der Hauptmann einer Kompagnie das Gewehr fällen lassen. Die Soldaten seien nur 2 Schritt vorgegangen und dann stehen geblieben, und auf die zweite Aufforderung widerum 2 Schritt vorgegangen, haben dann aber das Gewehr beim Fuß genommen und keinen Schritt weiter gethan. Wir schließen hier, da die Deputation wahrscheinlich einen öffentlichen Bericht liefern wird. (S. den folgenden Artikel.)

Breslau, 14. Novbr. Von Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung beauftragt, die am 11ten d. M. beschlossene Adresse dem Könige und der National-Versammlung zu überreichen, sind wir am 12ten Abends abgegangen und haben uns gestern früh alsbald zu dem Präsidenten der National-Versammlung von Unruh begeben, nachdem uns bei dem Eintreten Abgeordnete der Stadt Brandenburg begegnet waren, welche ebenfalls den Beschlüssen der National-Versammlung beigetreten ist. Der Präsident von Unruh, welchem wir die Adressen an die National-Versammlung übergaben, theilte uns die letzten, inzwischen bereits bekannt gewordenen Beschlüsse der Versammlung, so wie insbesondere mit, daß die Versammlung nur der physischen Gewalt weichen werde, und daß sie Erklärungen der Provinzen, wie sie von allen Seiten eingehen, erwartet. Auf die von mehreren Mitgliedern der Versammlung bei ihm angeregte Frage, ob die Versammlung, wenn sie ihren Sitz hierher verlegen sollte, hier Aufnahme finden werde, haben wir geantwortet, daß wir zwar keine Vollmacht zu einer diesfallsigen Erklärung hätten, daß aber die bereitwillige Aufnahme Seitens der Stadt Breslau nach deren Gesinnung unzweifelhaft sei. Ein Beschluß wegen dieser Verlegung ist, soviel uns bekannt, noch nicht gefaßt worden.

Die Sitzungen sind bis gestern in dem Schützensaale gehalten worden. Um keine Zeit zu verlieren und wo möglich der Sitzung der Versammlung, welche um 11 Uhr beginnen sollte, noch beiwohnen zu können, eilten wir, uns unsers zweiten Auftrages zu entledigen, nach Potsdam, wohin wir, weil die Eisenbahn beschädigt war, nach vergeblichem Warten auf den Abgang eines Zuges mit Lohnwagen gelangten.

Der König befand sich bereits in dem Schlosse in der Stadt, wo wir durch starkbesetzte Wachen statt des abwesenden, dienstthuenden Flügel-Adjutanten zu dem General Grafen Brühl geführt wurden, welcher uns versicherte, daß nach gemessenem Befehle Niemand anders, als durch das Ministerium bei dem Könige gemeldet werden oder eine Adresse übereichen dürfe. Unseren dringenden Vorstellungen wurde auch von einem inzwischen hinzugekommenen Adjutanten mit Bestimmtheit jener Befehl entgegengesetzt, so daß wir, da wir das Ministerium in Berlin nicht angehen konnten noch wollten, unsern Zweck nicht erreichten und die Adresse in Potsdam auf die Post geben mußten, nachdem wir darauf vermerkt hatten, daß sie von Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung durch Deputation komme.

Wir halten uns versichert, daß sie abgegeben worden ist, auch hoffen wir, daß Graf Brühl unsere Anwesenheit und unsere Mittheilungen über die hiesigen Zustände dem Könige angezeigt hat.

Wir wollten nun mit der Eisenbahn, welche wieder fahrbar war, nach Berlin zurück, von Potsdam durften aber keine Passagiere aufgenommen werden, und vergebens bemühten wir uns, einen Passirschein zu erlangen, wir sollten nach Charlottenburg, wo wir einen Schein nach Berlin erhalten würden. Daher mußten wir wieder zu Wagen abgehen und kamen ziemlich spät erst nach Berlin, nachdem uns einige Wachen angehalten und befragt hatten, ob wir Etwas mit uns führten.

Die Sitzung der Versammlung war leider längst geschlossen, wir suchten daher unsere Abgeordneten auf, welche wir auch mit einer großen Zahl der noch anwesenden Abgeordneten antrafen, von ihnen erfuhren wir den gestrigen, die Minister in Anklagestand versetzenden Beschluß der Versammlung, so wie, daß nach dem Schluß der Sitzung der Vice-Präsident Plönnies, nachdem er erklärt hatte, nur der wirklich angewendeten Gewalt weichen zu wollen, von Soldaten aus dem Saale geführt worden ist und daß die heutige Sitzung in dem Stadtverordnetensaale stattfinden sollte.

Fast nur Augenblicke konnten wir unter den Abgeordneten weilen, da wir hierher eilen zu müssen glaubten, um bald berichten zu können.

Berlin selbst war bis zu unserer Abreise gestern nach 11 Uhr gegen sonst im Aeußern wenig verändert, da der Belagerungszustand den Verkehr wenig gehemmt hat, nur starke Militär-Patrouillen begegneten uns zuweilen und die Bahnhöfe waren stark mit Militär-Wachen besetzt.

Bis heute Abend 5 Uhr soll die Bürgerwehr die Waffen abgeben, was sie deshalb beschlossen, war nicht mit Sicherheit zu erfahren, nach den mehrsten Mittheilungen will ein Theil die Waffen nicht abliefern, sondern nur abholen lassen, ein größerer Theil aber die Waffen nicht abgegeben. Auch sollte heute das Standrecht publizirt werden, doch können wir dieses Gerücht nicht verbürgen, wie überhaupt fast keinem Gerüchte mehr zu glauben ist, da uns unzählige zu Ohren gekommen sind, von deren vollständiger Unwahrheit wir uns selbst überzeugt haben.

Wir haben daher nur solche Mittheilungen hier berichtet, für deren Wahrheit wir genügende Bürgschaft haben.

Wir beschränken uns deshalb auf vorstehenden Bericht.

Becker. Dyhrenfurth. Siebig. Zwinger.

∗ **Breslau**, 14. Nbr. [Errichtung einer permanenten Kommission, bestehend aus dem Magistrate, Stadtverordneten und Vertrauensmännern.] In einer gestern stattgehabten außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten kam ein Antrag der Central-Kommission der Bürgerwehrklubbs und der 11 mit diesen jetzt verbundenen Vereine, zur Sprache. Der Antrag lautete auf Permanenz der Magistrats- und Stadtverordneten-Sitzungen unter Zuziehung von 8 Vertrauensmännern der genannten Vereine, in welchen über 10000 Männer repräsentirt sind. Die Stadtverordneten Guhrauer und Linderer traten besonders dafür auf, daß die Zuziehung jener Vertrauensmänner zweckmäßig sei, da Breslau auf Alles gefaßt und auf vollste Einigkeit auch im Moment des Handelns rechnen müsse. Die Versammlung beschloß, wie der Magistrat, der vorher eine Sitzung gehalten, eine Kommission zu bilden aus Magistrats- und Stadtverordneten-Mitgliedern, welche sich für permanent erklärt und Namens des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung berathen und Namens der Behörden selbstständig Beschlüsse fassen soll. In Betreff der Zuziehung jener Vertrauensmänner so wie noch Anderer beschloß die Versammlung, die Beschlüsse hierüber der Kommission, welche gleich nach der Sitzung zusammentrat und im Sessionszimmer des Magistrats die Berathung begann, ebenfalls anheim zu geben. Diese Kommission entschied sich für Aufnahme jener 8 Vertrauensmänner. Auf Beschluß der Kommission, sollte der Tischlergeselle Steg, welcher wegen Zeitmangel auf den Eintritt in die Kommission verzichtet hatte, nochmals aufgefordert werden,

in die Kommission zu treten. (Steg ist dem Rufe gefolgt.) Die Kommission besteht außer dem Magistrat aus dem Vorsteher Regenbrecht, dessen Stellvertreter Dr. Grätzer, dem Protokollführer Justizkommissarius Krug, noch aus den Stadtverordneten Linderer, Rösler, Grund, Burghardt, Liebich, Dietze, Baier, Schneider II., Dyhrenfurth, Hirt, Siebig; zu Stellvertretern für ausscheidende Mitglieder wurden ernannt, die Stadtverordneten Sonnenberg, Laube und Schlarbaum. Die eingetretenen Vertrauensmänner mit Sitz und Stimme sind: Stadtgerichts-Rath Pflücker, Buchhändler Schuhmann, O. L.-Gerichts-Assessor Breinersdorf, Mit-Redakteur der Breslauer Zeitung Dr. Weis, Kaufmann, Bezirksvorsteher und Stellvertreter Stahlschmidt, Dr. Borchardt und Seifenfabrikant Jankowski. Der Oberst der Bürgerwehr Dr. Engelmann ist ebenfalls Mitglied der Kommission. Da diese Kommission permanent tst, so müssen außer dem Magistrat stets 6 Stadtverordnete abwechselnd anwesend sein, um beschlußfähig zu bleiben. Die Vertrauensmänner der obigen Klubbs haben von diesen die Weisung erhalten, so viel als nur möglich in der Kommission anwesend zu sein.

** **Breslau**, 14. Novbr. [Tagesbericht.] Die Central-Kommission der Bürgerwehr-Klubbs und der politischen Vereine hat die ganze Nacht hindurch bis 6 Uhr Morgens Sitzung gehalten. Es waren gestern Seitens der Kommission folgende Anträge an den Magistrat gestellt worden: 1) der Magistrat möge erklären, daß er die bis jetzt gefaßten Beschlüsse der National-Versammlung anerkenne, 2) der Magistrat möge den kommandirenden General durch eine Deputation zu der Erklärung auffordern, ob er zur National-Versammlung, oder gegen dieselbe stehen würde und 3) der Magistrat möge eine Proklamation an die Soldaten erlassen, worin er sie auffordert, zum Volke zu halten. — Der Magistrat ist auf diese Anträge nicht eingegangen.

Auf die Anfrage des Magistrats an den General-Lieutenant v. Lindheim, ob er den im März über das Einrücken von Militär getroffenen Pakt als noch bestehend anerkenne, ist die Antwort erfolgt, daß nach wie vor das Militär nur auf Requisition des Magistrats einrücken werde.

Als der Central-Kommission gestern Abends die Nachricht zukam, daß ein Ministerium Grabow zu Stande gekommen sei, begab sich sofort eine Deputation zu dem Ober-Präsidenten Pinder, um sichere Auskunft zu erlangen. Der Ober-Präsident hatte keine Nachrichten über die Bildung eines Ministeriums Grabow erhalten, dagegen ein Schreiben von Manteuffel des Inhalts, daß Berlin in Belagerungszustand erklärt, das Militär aber nicht agressiv verfahren werde.

Die Central-Kommission beschließt einen Aufruf an das Militär zu erlassen, um dasselbe über die gegenwärtigen Verhältnisse aufzuklären.

In später Nacht geht die Nachricht ein, daß der Telegraph zwischen hier und Berlin zerstört sei.

Es wird eine Kommission ernannt, die für den Fall eines Kampfes für Bandagen, Charpie ꝛc. zu sorgen hat. In jedem Stadttheile werden einzelne Häuser als Lazarethe bestimmt.

Eine Deputation eines Bürgerwehr-Bataillons erscheint mit der Anfrage, ob mit den städtischen Behörden darüber verhandelt worden ist, daß für die Zurückgebliebenen der gefallenen Bürgerwehrmänner Sorge getragen werden wird. — Die Anfrage erledigt sich damit, daß die Stadtverordn. bereits vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt haben, daß die Kommune für die Zurückbleibenden der im Dienste gefallenen Bürgerwehrmänner Sorge tragen wird.

Die permanente Kommission der städtischen Behörden macht die Anzeige, daß die vorgeschlagenen Vertrauensmänner mit Sitz und Stimme aufgenommen werden. (S. oben.) Diese Vertrauensmänner werden noch in später Nacht zusammenberufen, und sie begaben sich aufs Rathhaus. — Diese permanente städtische Kommission hat Vollmacht über alle städtischen Angelegenheiten definitiv zu beschließen und diese Beschlüsse auszuführen. Nur bei Angelegenheiten von höchster Wichtigkeit, wird die Stadt-Vers. zu einer Plenar-Sitzung einberufen.

Es werden drei Stellvertreter für die Vertrauensmänner gewählt, die der permanenten städtischen Kommission vorgeschlagen werden sollen. Es sind Dr. Levy, Lehrer Seltzsam und Apotheker Cholewa. — Da das in die Kommission gewählte Mitglied Dr. Borchardt noch in Haft ist, so wird beschlossen, die Kommission aufs Dringendste zu ersuchen, daß sie alle zur Befreiung des Gefangenen beitragenden Schritte aufs schleunigste thun muß.

Die Central-Kommission hatte in der Nacht Kunde erhalten, daß auf dem Thurmhof 2040 Gewehre nebst 1 Million Zündhütchen sich befinden. Es wird an die städtische Kommission der Antrag gestellt, in dieser Angelegenheit schleunigst einen Beschluß zu fassen. Es war Nachts 1 Uhr, und die städt. Kommission nicht mehr in beschlußfähiger Anzahl vorhanden. — Die Angelegenheit sollte daher für den Augenblick ruhen. — Um 8 Uhr erschien jedoch eine Deputation der Central-Kommission mit dem Berichte, daß, wenn die erwähnten Waffen nicht bald in Schutz genommen würden, man gegründete Besorgniß vor Exzessen haben müsse. — Die städtische Kommission beschloß hierauf, die Sache sofort in Berathung zu nehmen und die zur Beschlußnahme nöthigen Magistrats-Mitglieder und Stadtverordneten einzuberufen. — Gegen 6 Uhr Morgens war die beschlußfähige Anzahl beisammen und die Debatte unter Vorsitz des Bürgermeisters Bartsch eröffnet. — Die Diskussion währte zwei volle Stunden. Es wurde mit überwiegender Majorität beschlossen, die Beschlagnahme der Gewehre Seitens des Magistrats zu vollziehen, und um 12 Uhr Mittags waren sämmtliche Waffen in den Räumen des Rathhauses aufbewahrt. — Es wiederholt sich das gestern schon verbreitete Gerücht, daß die Nationalversammlung in Breslau ihren Sitz nehmen wolle.

Auf heute Nachmitlags hatte die Central-Kommission eine Volksversammlung auf den Neumarkt ausgeschrieben. Ueber die Abhaltung derselben berichtet der folgende Artikel.

Abends 10 Uhr. Die Central-Kommission hat eine Deputation an den Ober-Präsidenten Pinder entsandt, mit der Anfrage, welche Stellung er nunmehr zu dem Ministerium einzunehmen gedenke. Der Ober-Präsident erwiederte, daß **er sich mit den jüngsten Maßnahmen des Ministeriums nicht einverstanden erklären könne, und dieselben mißbillige.**

... ss **Breslau**, 14. Nov. [Volksversammlung.] Durch Maueranschlag wurde heut zu einer Volksversammlung auf dem Neumarkt eingeladen. Trotz des anhaltenden Schneegestöbers, hatten sich zur festgesetzten Stunde Tausende von Zuhörern auf dem Platze eingefunden; feierlicher Ernst und entschiedene Haltung charakterisirten die Menge in diesem Augenblicke. Mit dem Schlage 2 Uhr eröffnete Landwehr-Lieutenant Schlincke die Versammlung in einer eben so kurzen als bündigen Rede. Er machte auf die Wichtigkeit des Augenblicks aufmerksam, in welchem das Volk hier zusammtngetreten, um Mittheilungen über sein Wohl und Wehe entgegen zu nehmen und über dieselben zu berathen. Er ermahnte, die Würde des Momentes nicht durch Tumulte zu entweihen, oder gar den Ausgang des Kampfes für die Freiheit durch Voreiligkeit und allzugroße Hast — zu gefährden. Ihm folgte Dr. Asch. Auch er rieth zur Vorsicht; auch er pries die musterhafte Ruhe des Berliner Volkes, die edle Selbstverleugnung, mit welcher jene Männer ihre Brust den Bajonetten preisgegeben haben, um Excesse zu verhüten, und forderte zur Nachahmung dieses großartigen Beispiels auf. Die neuesten Nachrichten aus Berlin konnte der Redner nur mir Unterbrechungen geben, da ihn der Wind oft am Sprechen verhinderte. Als er an die Mittheilung kam, daß die Deputation der Breslauer Stadtverordneten vom Könige abgewiesen wurde, und diese sich dann genöthigt sahen, ihre Adresse per Post an den König gelangen zu lassen, gab sich eine furchtbare Erregung in der Versammlung kund, die sich zum höchsten Unwillen steigerte, als man die schmähliche Behandlung vernahm, welche die Präsidenten der Volksvertreter in der verwichenen Nacht durch Soldatenhand haben erdulden müssen. Mit allen Schritten der National-Versammlung erklärte man sich einverstanden und fest entschlossen, allen ihren Anordnungen nachzukommen. Studiosus Börner sprach mit Wärme und Besonnenheit von dem Kampfe der Knechtschaft gegen die Freiheit, dem der Treue gegen den Verrath, welcher jetzt durchzufechten sei, und brachte am Schlusse seiner Rede ein Hoch der Freiheit und den hochherzigen Vertretern des Volkes in Berlin. Er hatte auch von dem Morde Blum's gesprochen und die Sympathie für den gefeierten Mann des Volkes gab sich in sichtlicher Rührung zu erkennen. — Anhaltender Beifall folgte seinen Worten. Nachdem Herr Schlincke das Volk gewarnt hatte, nicht zu früh auf die Auslieferung der im Rathhause deponirten Waffen zu dringen, erinnerte derselbe nochmals, den entscheidenden Moment, welchen die National-Versammlung gewiß angeben würde, wohlweislich abzuwarten, und erklärte die Versammlung für aufgehoben. Im Hintergrunde wollten im Verlaufe der Verhandlungen einige Reaktionäre sich durch verschiedene Demonstrationen Luft machen, wurden jedoch sofort und ohne Weiteres nach der Hauptwache abgeführt.

** **Breslau**, 14. November, Abends 10 Uhr. [Permanente städtische Kommission.] Auf den Antrag, die betreffende gerichtliche Behörde um die sofortige Freilassung des zu einem der Vertrauensmänner erwählten Dr. Borchardt anzugehen, wurde beschlossen, daß der Antrag von den beiden städtischen Behörden in ihren besondern Sitzungen sofort in Berathung zu ziehen sei.

Die Anträge: 1) die Schilderhäuser unangestrichen der Bürgerwehr zur Disposition zu stellen, 2) die Mäntel für die Bürgerwehr-Wachtposten um 13 zu vermehren, da die vorhandenen 7 nicht ausreichten — wurden ohne Debatte angenommen.

Es erschien eine Deputation des constitutionellen Centralvereins mit dem Antrage, auch aus ihrem Vereine die drei Vertrauensmänner: Kaufmann Frommberg, Kaufmann Kopisch und Professor Röpell zu den Berathungen der Kommission zuzulassen. Es wurde beschlossen: nur zwei der vorgeschlagenen Vertrauensmänner zuzuziehen, nicht aber als Vertreter des Vereins; die Wahl dieser zwei ward den Wählern überlassen. Nach Mittheilung des Beschlusses entschied sich die Deputation für die Herren Frommberg und Röpell, und wurden dieselben zur sofortigen Theilnahme an der Berathung eingeladen.

---

* **Breslau**, 14. November. Reisende bringen die Nachricht aus Brieg mit, daß das dasige Militär die Hauptwache geräumt habe, und mit Einziehung der Posten sich in der Kaserne befinde. Nur die Strafanstalt ist vom Militär besetzt; die Hauptwache dagegen von Bürgerwehr. Konflikte sind bis jetzt noch nicht vorgekommen.

Breslau, 14. November. Am 13. d., früh gegen halb zwei Uhr brach in der zu der Besitzung des Kräuter Müller in Neudorf Commende gehörenden Scheuer Feuer aus, in Folge desselben diese und ein Schuppen niederbrannte. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das Feuer boshafter Weise angelegt gewesen.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Oberpegel 16 Fuß 2 Zoll und am Unterpegel 3 Fuß 8 Zoll, mithin ist das Wasser seit gestern am ersteren um 1 Fuß und am letzteren um 1 Fuß 4 Zoll wieder gestiegen.

Theater.

Hans Heiling, romantische Oper in drei Akten, mit einem Vorspiel, Musik von Heinrich Marschner.

Zuerst müssen wir der Direktion unsern besten Dank sagen, daß sie ein Werk, welches hier wohl seit zehn oder zwölf Jahren nicht über die Bühne ging, dem Repertoire wiedergegeben hat; ein Werk, das unstreitig den besten deutschen Opern an die Seite gestellt werden muß. Das Talent des Komponisten hat unsrer Ansicht nach in dieser Schöpfung seine höchste Stufe erreicht. Wir finden hier Originalität der Erfindung, Reichthum frischer und edler Melodien, treffenden Ausdruck der Charaktere, herrliche Deklamation und dann eine der besten und gediegensten Arbeiten. Durch das Ganze aber weht der Hauch einer tiefen, schwärmerischen Romantik, einer reichen Poesie, die sich besonders in der gewählten und eigenthümlichen Instrumentation kund giebt und dem Werke einen unaussprechlichen Reiz verleiht. Wir wollen uns hier nicht auf die Besprechung der einzelnen Nummern einlassen, die ganze Oper erscheint aber wie aus einer Form, bis auf wenige Musikstücke, wie eine Arie der Anna im zweiten Akt und ein Duett im dritten Akt: „Nun bist Du mein" (E-dur), welche für die Aufführung in Wien vom Komponisten nachgeschrieben wurden, und so hübsch sie auch sind, dennoch das Fremdartige, den italienischen Einfluß nicht verleugnen können. Noch eine besondere Schönheit liegt in der melodramatischen Behandlung mancher Momente in Abwechselung mit dem musikalischen Ausdruck, und von ganz besonderer Wirkung ist in dieser Weise die Scene der Gertrud im zweiten Akt, welche übrigens bei der heutigen Aufführung nicht genügend zur Geltung kam. Es fehlte eine gewisse Ruhe im Vortrage; auch traten die Bässe, die hier die Hauptträger des Ganzen sind, nicht angemessen hervor, wie gleich zum Beginn das cis, c, h u. s. w.

Die ganze heutige Darstellung erschien — einer so schwierigen Musik sollte man einige Proben mehr widmen — nicht genugsam vorbereitet, es verdienten namentlich die Duetten zwischen Anna und Konrad hierin eine Rüge. Herr Rieger als Hans Heiling könnte die Partie etwas poetischer auffassen und eine edlere Ausdrucksweise in manche Momente legen. Fräulein Bunke nahm die Rolle der Anna mit zu vieler Passivität; besonders müssen wir eine Scene im zweiten Akt bezeichnen, wo Anna das Geständniß der Liebe Konrads annimmt und Fräulein Bunke in nicht sehr ästhetischer Stellung diese Zeit über auf einem Stuhle sitzend verharrt. Von einzelnen Nummern konnte die musikalische Ausführung wohl genügen, dagegen fehlte Manches in den Ensemblestücken, wie in den Duetten und Terzetten; überhaupt wünschten wir eine größere Sorgfalt für das Ganze. Eben so klingt der Dialog so ganz besonders manierirt und weit entfernt von einer schönen Natürlichkeit. Frau Stotz gab ein schönes Streben für die Partie der Königin kund; indessen das ist einmal nicht der Genre, dem Frau Stotz angehört, und was sie darin leistet, ist also dankes- und lobeswerth. Herr Kahle als Konrad sang die Scene im zweiten Akt, von der wir oben sprachen, mit

einem schönen Gefühlsausdruck, dagegen traf er die heitere Weise des Liedes im ersten Akt (G-dur) nicht so vollkommen. Vergessen wir nicht noch, Hrn. Schöbel als einen sehr ergötzlichen Schneider zu nennen.

d.

✱ Ohlau, 13. Novbr. [Adressen.] Heute ist vom hiesigen Magistrat und Stadtverordneten-Kollegium eine Anerkennungs-Adresse an die Nationalversammlung zu Berlin abgegangen. Desgleichen von den Bewohnern Ohlaus und der Umgegend eine Adresse an den König und eine an die Nationalversammlung. Die letzteren lauten:

1) Majestät!

Die Vertagung und Verlegung der Sitzungen unserer gesetzlichen Volksvertretung ist nach unserer reiflichen Prüfung der Landesgesetze und Ew. Majestät Verheißungen ein Eingriff in unsere Freiheiten.

Ew. Majestät sind von der Stimmung des Landes nicht wahrheitsgetreu unterrichtet worden. Die Berufung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel und seine jüngsten Schritte haben unsägliche Aufregung im ganzen Lande verbreitet. Alle Parteien sind hierin einig. Ew. Majestät und der Monarchie getreueste Anhänger sehen mit Betrübniß, daß durch obige Maßregeln nicht nur die kaum begründete Ruhe des Landes, sondern sogar die Existenz des Staates aufs Neue in Frage gestellt wird.

Hören Ew. Majestät die Rathschläge der Majorität unserer Nationalversammlung und geben Sie durch Entlassung jenes, mit allgemeinem und gerechten Mißtrauen aufgenommenen Ministeriums und durch Zurücknahme der gegen unsere gesetzlichen Vertreter verhängten Gewaltmaßregeln dem Lande den ersehnten Frieden und uns die Aussicht auf die baldige Feststellung der Verfassung zurück.

Ohlau, den 13. November 1848.

Bewohner der Stadt Ohlau und Umgegend.

(Folgen die Unterschriften.)

2) Hohe Nationalversammlung!

Mit männlicher Würde und Entschlossenheit haben Sie der ungesetzlichen Vertagung und Verlegung Ihrer Sitzungen den passiven Widerstand unseres guten Rechts entgegengesetzt und dadurch den Standpunkt gewahrt, von dem aus allein eine volksthümliche und dauerhafte Verfassung zwischen Krone und Volk begründet werden kann. Treu Ihrem Zurufe, werden auch wir den gesetzlichen Boden zu wahren wissen und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln und Manneskraft der Nationalversammlung jeder Zeit zur Seite stehen. Bleiben Sie fest und einig; das Vaterland wird Ihrer That stets eingedenk sein.

Ohlau, den 13. November 1848.

Die unterzeichneten Einwohner der Stadt Ohlau und Umgegend.

(Folgen die Unterschriften.)

---

† Ohlau, 14. Nov. In der verflossenen Nacht ist in Thiergarten die große Seehandlungs-Dampfmühle, und zwar die Hauptmühle mit den Mahlgängen, wahrscheinlich in Folge einer Unterspülung eingestürzt. Der weitere Zusammenfall der noch stehen gebliebenen Gebäude wird befürchtet.

✱ Freiburg, 14. Nov. [Erklärungen.] Wir am heutigen Tage bei Freiburg in Schl. versammelten Männer des Volks erklären durch Gegenwärtiges einmüthig und ernst:

„daß wir jeden Angriff auf unsere erwählten Vertreter in Berlin, und jeden Ungehorsam gegen ihre Beschlüsse, als einen Angriff auf uns selbst betrachten und Gut und Blut zu seiner Abwehr oder Bestrafung einsetzen werden."

Im Auftrage der Volksversammlung die erwählte Deputation. (Unterschriften.) — Der Vorstand des demokratischen Vereins in Freiburg im Namen und Auftrage desselben. (Unterschriften.) — Der Vorstand des Rustikal-Vereins in Zirlau. (Unterschriften.) Der Vorstand des Rustikal-Vereins in Polsnitz. (Unterschriften.) — Folgendes Schreiben wurde sodann an die städtischen Behörden abgeschickt: Geehrter Magistrat und geehrte Stadtverordneten-Versammlung! Mit allgemeinem Schrecken und mit der gerechtesten Entrüstung hat das ganze preußische Volk vernommen, daß der König Personen zu Ministern erwählt hat, deren Gesinnungen als von der Art bekannt sind, daß das Volk immer tiefer in die schmachvollste Knechtschaft hinein gezogen werden soll; mit Entrüstung hat ferner das Volk vernommen, daß nach Ernennung dieses Ministerii der erste Staats- und Gewaltstreich verübt und die Abbrechung, vorläufige Auflösung und Verlegung der National-Versammlung, dem Willen von mehr als 16 Millionen Menschen gegenüber, befohlen worden ist. — Die ganze Nation erkennt hierin die unverantwortlichste Despotie und nicht nur das Volk, das man bisher für unreif zu erklären wagte, sondern sogar die National-Versammlung selbst, erhebt sich erbittert gegen solche Anmaßung. Außer dem Wege eines blutigen Kampfes giebt es nur noch den Weg der einmüthigen und entschiedenen Erklärung des Volkes in allen seinen Theilen, um den Widerruf der vorliegenden Unthat zu bewirken. Demzufolge hat auch die heut hier abgehaltene Volksversammlung den Beschluß gefaßt, durch die unterzeichnete und hier anwesende Deputation an den geehrten Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung die dringende Aufforderung zu richten: **dem Volke zu zeigen, daß sie gewillt sind, für dasselbe zu sorgen, und für seine Rechte einzustehen, und demgemäß die beiliegende von der hiesigen Volks-Versammlung einstimmig angenommene Erklärung mit Ihrer anerkennenden Unterschrift zu versehen.** Indem wir diese Bitte hiermit vorlegen, fühlen wir uns zu der offenen Erklärung veranlaßt, daß es durchaus nicht unsere Absicht ist, Anarchie, Aufruhr und Mord herbeizuführen, daß es sich aber jede Behörde selbst zuzuschreiben hat, wenn durch den Widerspruch zwischen ihr und dem Volke, dieses zum Kampfe gezwungen wird, in dessen Gefolge sich dann die Anarchie mit ihren Schrecknissen befindet. (Unterschriften der Deputation.) Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung hat sofort die Adresse unterzeichnet, auch noch eine Petition an den König abgesandt, und ebenso haben mehrere benachbarte Ortsbehörden gleiche Adressen zu unterzeichnen für nöthig erachtet. Die Stunde der Gefahr fürs Volk hat sogar den hiesigen konstitutionellen Verein mit dem demokratischen Vereine verbunden.

✱ Glogau, 12. Nov. [Volksversammlung. — Beschlüsse und Adressen.] Die gestrigen Vorfälle in Berlin machten hier auf das Volk einen tief entrüstenden Eindruck. — Die Comité's des volksthümlich-constitutionellen und des demokratischen Vereins, die sich seit gestern für permanent erklärt und beschlossen haben, während der jetzigen Zeit, wo das Vaterland in Gefahr ist, verbrüdert Hand in Hand zu gehen, hatten einen festlichen Auszug zu der proklamirten großen Volksversammlung ausgeschrieben, der auch, trotz des Verbotes des Kommandanten Brandenstein, in solenner und großartiger Weise stattfand. — Die Volksversammlung, von Tausenden aus wohl 150 Dorfschaften besucht, faßte mit Einstimmigkeit folgende von den obengenannten Vereinen als Anträge vorgelegten Beschlüsse:

1. Die Versammlung erkennt nur die in Berlin tagende National-Versammlung, als zur Vereinbarung der Verfassung berechtigt, an.
2. Sie billigt alle in der Sitzung vom 9. November gefaßten Beschlüsse der National-Versammlung, und ist bereit, dieselbe mit Gut und Blut zu unterstützen.
3. Die Versammlung ist bereit, allen ferneren Beschlüssen der National-Versammlung unbedingte Folge zu leisten, sollte dieselbe auch zu dem letzten gesetzlichen Mittel der Steuerverweigerung greifen.
4. Sie erklärt Jeden für einen Verräther an der Freiheit, der es in diesem heiligen Augenblicke wagt, irgendwie Privatrechte anzugreifen, namentlich den Gutsbesitzer nirgendwie ein Haar zu krümmen!

Ferner sandte sie sofort aus ihrer Mitte fünf bäuerliche Deputirte mit folgender Adresse an den König:

Majestät! Ew. Majestät haben die National-Versammlung bis zum 27sten d. M. vertagt, und nach Brandenburg wieder zusammenberufen. Die National-Versammlung hat sich dagegen für permanent erklärt und ausgesprochen, daß sie der Krone das Recht nicht zustehen kann, die Versammlung wider deren Willen zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen. Wir sind hiermit vollkommen einverstanden, und sind überzeugt, daß die überwiegende Majorität des Landes diese Ansicht theilt. — Es stehen sich hier Krone und Nation gegenüber, und wir fühlen uns vor Gott und unserm Gewissen verpflichtet, Ew. Majestät das laute Wort zuzurufen, daß Sie im Unrechte sind, und daß, wenn Sie nicht einlenken, das Volk nach dem von der Krone selbst sanctionirten Bürgerwehr-Gesetz berechtigt und verpflichtet ist, aufzustehen, und seine Freiheit und Recht, mit den Waffen in der Hand, gegen die Krone zu verthedigen. — Bedenken Ew. Majestät die ernsten Folgen und die schwere Verantwortung vor Gott, welche durch das Verharren bei Ihrem Willen erstehen werden. Bürgerkrieg, der schrecklichste Bürgerkrieg durch das ganze Land wird die nothwendige Folge sein. — Möge Gott in dieser ernsten Stunde Ihren Geist erhellen und Ihr Herz lenken!

(Folgen die Unterschriften.)

Nach Beendigung der Volksversammlung schlossen sich sämmtliche Deputirte der Landgemeinden dem festlichen Rückzuge zur Stadt an, um der Nationalversammlung auf dem Orte, wo am Vormittage bei der Parole den Soldaten bei drei Tage Arrest anbefohlen war, die Festung während der Volksversammlung nicht zu verlassen, vielmehr ihre Waffen bereit zu halten, ein Lebehoch zu bringen. Der Zug war ein unabsehbarer, der auf dem großen Paradeplatze dicht zusammengedrängt kaum seinen Platz fand. Nachdem nicht endenwollende donnernde Hochs auf die Nationalversammlung, auf den Präsidenten v. Unruh und den Bürgerwehr-Commandeur Rimpler ausgebracht waren, begab sich die Menge ruhig auseinander.

Der Magistrat und die Stadtverordneten haben eine ähnliche Adresse, wie die obige, durch zwei Deputirte aus ihrer Mitte bereits gestern mit dem Abendzuge abgesandt. — Bestätigt sich das eben angelangte Gerücht, daß die Nationalversammlung die Steuerverweigerung beschlossen hat, so wird hier sofort energisch dahin gehandelt werden, daß der ganze Glogauer Kreis keinen Pfennig Steuern mehr zahlt.

✱ Glaz, 13. Nov. Nachstehende Adresse mit den Unterschriften der Bewohner von Glaz und der Umgegend ist heute abgesendet worden:

Hohe National-Versammlung!

In den verhängnißvollen Wendepunkten des Staatslebens ist das Schweigen der Vaterlandssöhne zugleich Gefahr und Verbrechen. Durchdrungen von der Größe des Momentes, tief ergriffen von dem beklagenswerthen Attentate auf die gewährleistete Freiheit und beseelt von heiligem Eifer für Recht und Wahrheit, haben es die unterzeichneten Bewohner der Stadt Glaz für unabweisbare Pflicht erachtet:

einen lauten Akt der rückhaltlosen und ungetheilten Zustimmung zu allen jenen Beschlüssen und Handlungen zu geben, durch welche die Majorität der National-Versammlung in dem unheilvollen Konflikte mit der Krone die theuersten Interessen des Volkes gewahrt hat.

Die erhabene Ruhe der Ueberzeugung und die vernichtende Macht der Gesetzlichkeit sind die würdigsten Waffen gegen Willkür. Glaz, 13. November 1848.

(Folgen die Unterschriften.)

✱ Oppeln, 14. Nov. [Adresse an die Nationalversammlung.] Die unterzeichneten Vereine haben nachstehende Adresse nach Berlin geschickt:

Männer unsrer Wahl! Das seid Ihr, die Ihr den Platz behauptet, für den wir Euch gewählt, nicht aber diejenigen, die ihren Beruf verkennend, oder aus Feigheit, oder aus einem noch schlimmern Grunde ihn verlassen haben. — Euch also, treue Männer unsrer Wahl, Euch drücken wir zum anerkennenden Danke für Eure Mannhaftigkeit männlich die Hand; Euch beschwören wir bei dem heiligen Gut der Freiheit, nimmermehr von dem Platze zu weichen, für den wir Euch gewählt, und schwören Euch feierlich, daß jeder von uns Eure Beschlüsse für Erhaltung und Begründung unserer Errungenschaften nach seinen Kräften mit Wort und That, mit Gut und Blut schützen und ausführen wird. Oppeln, den 12. November 1848. Der Verein der Volksfreunde. Der deutsche Volksverein. Vorstehender Erklärung treten bei: (Folgen 491 Unterschriften.)

✱ Liegnitz, 13. November. [Herr Milde. — Das Militair ist noch immer in Massen hier. — Thätigkeit der Bürgerwehr.] In Ihrem heutigen Extrablatte erwähnten Sie bereits des Unfalls, welcher gestern Abend auf dem hiesigen Perron Ihrem Mitbürger, dem Ex-Minister Herrn Kaufmann Milde begegnet ist. Erlauben Sie mir, Ihnen eine umständlichere Mittheilung über den mißlichen Vorfall machen zu dürfen. Wie gewöhnlich hatten sich auch gestern Abend sehr viele Menschen auf dem Perron eingefunden, um durch den ankommenden Berlinrr Zug neuere Nachrichten über die Zustände der gegenwärtig merkwürdig bewegten Spreestadt zu erfahren. Bei der Spannung und Aufgeregtheit, welche bereits alle Gemüther erfaßt hatte, machte die Verkündigung eines Reisenden, daß der Minister Milde sich in einem Coupee 1ster Klasse befinde, einen so gewaltigen und ergreifenden Eindruck auf einen Theil des versammelten Publikums, daß er durch denselben sich zu einem argen Exzesse verleiten ließ. Das Coupee, in welchem der Minister sich befand, war bald mit einer dichten Mauer von Menschen umlagert. Man schrie, heulte, miaute, schimpfte und stieß gewaltige Drohungen gegen den Mann aus, welcher, wie es scheint, durch den Austritt aus der Nationalversammlung, sich keineswegs die Sympathien des Volkes zugezogen hat. Man will Pistolen in beiden Händen des Herrn Milde gesehen haben. Andere bezweifelten dies; so viel aber steht fest, daß sich der Herr Minister unvermerkt auf der entgegengesetzten Seite aus dem Coupee entfernt hat und später mit Extrapost nach Breslau gereist ist. In Bunzlau und Haynau sollen ihm ähnliche Ovationen wie hier gebracht worden sein. — Ohnerachtet die Landwehr längst eingekleidet ist und trotz der Entschuldigung und Rechtfertigung der königl. Regierung, befindet sich dennoch bis auf 2 Kompagnien die ganze große Militairmasse hier, welche uns am 30sten v. M. so urplötzlich überraschte und unsre Stadt in einen großen Lagerplatz verwandelte. Wir können durchaus keine Melodie zu diesem Texte finden, obgleich wir denselben zu singen im Stande sind. Leider verüben sehr häufig einzelne Soldaten vom 5. Regimente die ärgerlichsten Excesse und scheinen es recht geflissentlich darauf anzulegen, einen Zusammenstoß mit den Bürgern hervorzurufen. Hoffentlich wird ihnen dies nicht gelingen. — Heute Nachmittag um 4 Uhr war große Bürgerwehrversammlung im deutschen Kaiser. Veranlassung dazu gab namentlich die Rückkehr unserer Deputirten aus Breslau. Dieselben referirten über ihre Sendung und wiesen unsere Bürgerwehr auf das schöne Beispiel hin, was ihnen die Breslauer vorlebe. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß unsere Wehrmänner demselben würdig nachfolgen werden. Die uns von den Breslauern übermachten Plakate, resp. Aufrufe wurden mit Begeisterung aufgenommen. Auf Vorschlag des Obersten, Herrn Regierungsrath von Merkel, wurde eine Kommission aus sämmtlichen Führern und 6 Vertrauensmännern gebildet, welcher man die Aufgabe stellte, mit dem Magistrate und den Stadtverordneten täglich nach Ankunft der Züge Sitzung zu halten und über diejenigen Schritte zu berathen, welche die kommenden Ereignisse nothwendig machen werden. Der Oberst und die Bataillons-Führer gingen nach dem Schlusse der Sitzung als Deputation zum Bürgermeister, um diesen zu ersuchen, das Weitere in dieser Angelegenheit zu veranlassen. So wollte diese Deputation sich auch zu dem Herrn Regierungspräsidenten verfügen, um denselben zu bitten, die aus Berlin kommenden telegraphischen Depeschen hier ebenfalls so mitzutheilen, wie dies der Herr Oberpräsident Pinder in Breslau thue.

Berichtigung.

...ss In der gestern mitgetheilten Proklamation der Studenten von Breslau hat sich durch irgend ein Versehen ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen, den wir zu berichtigen bitten. Man lese daher anstatt: „Wenn die heiligen Signale den Kampf in Breslau verkünden — Wenn die Signale den heiligen Kampf in Breslau verkünden ꝛc."

Zweite Beilage zu № 268 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 15. November 1848.

Inserate.

Seit dem 11. November bis heute Mittag sind an der Cholera nach amtlicher Meldung 4 Personen erkrankt, 1 genesen und 2 gestorben.

Breslau, den 14. November 1848.

Königliches Polizei-Präsidium. Kuh.

Wir machen hierdurch für diejenigen, welche an der Cholera Erkrankte nach dem Hospital zu Allerheiligen bringen wollen, bekannt, daß zur Zeit, außer den dort befindlichen Tragbetten, dergleichen auch noch im Rathhause und in dem Hospital auf der Seminargasse aufgestellt und auf Anmeldung bei den Herrn Bezirks-Vorstehern oder Bezirks-Polizei-Kommissarien sofort zu erlangen sind. Sollte es eine Steigerung der Krankheit erheischen, dann wird mit einer Vermehrung der Tragbetten vorgegangen werden.

Breslau, den 13. November 1848.

Die Orts-Sanitäts-Kommission.

Stadtverordneten-Versammlung
am 16. November d. J.

Verzeichniß der wichtigsten Gegenstände der Berathung.

1. Verpachtung der Hauptmühle.
2. Wahl eines Abgeordneten zu dem Berliner Städtetage.
3. Bewilligung von Diäten für die zum Berliner Bürgerwehr-Kongresse gewählten 6 Deputirten der hiesigen Bürgerwehr.
4. Bewilligung der erforderlichen Kosten zur Anschaffung von Patronen für die Bürgerwehr.
5. Bewilligung von Unterstützungen für zwei dienstunfähige Nachtwächter.
6. Entschädigungs-Offerte der königlichen Regierung, in Bezug auf die von der Kommune seit dem Jahre 1814 auf den Bau und auf die Unterhaltung der Lohebrücke bei Groß-Mochbern aufgewendeten Kosten.
7. Antrag auf Aussetzung der diesjährigen gewöhnlichen Schuldentilgung.

Der Vorsteher Dr. Regenbrecht.

In der heutigen Nummer der Schlesischen Zeitung befindet sich ein Artikel „γ Die Parteimaßregeln" überschrieben, welcher die Thätigkeit der Centralkommission sämmtlicher Bürgerwehr- und politischen Vereine Breslau's herabzusetzen und zu verdächtigen sucht. Uns ist der Moment zu groß, um dergleichen persönlichen Umtrieben entgegen zu treten. Wir erklären einfach, daß die Centralkommission, die in fortwährender Wechselbeziehung mit den städtischen Behörden handelt und deren Beschlüsse täglich durch die Zeitungen bekannt werden, nur deßwegen ihre Sitzungen nicht öffentlich hält, weil es ihr dazu an Raum gebricht. Wir erklären es ferner für eine erbärmliche Lüge, daß im Schooße der unterzeichneten Kommission Parteispaltungen herrschen, und daß an solchen die Ausführung irgend eines Schrittes gescheitert sei. In diesem Augenblick giebt es nur zwei Parteien: Wahrer der gesetzlichen Freiheit und Absolutisten; Derjenige ist ein Verräther des Vaterlandes, der die erhebende Einmüthigkeit, welche jetzt wie in der National-Versammlung, so in der hiesigen Bevölkerung herrscht, wegzuleugnen und somit die Brüder in den Provinzen irre zu leiten sucht.

Breslau, den 14. November 1848.

Die Centralkommission der Bürgerwehr- und kombinirten politischen Vereine.

Seit sechs Jahren besteht zu Breslau mein Museum für Kunst und höhere Industrie und hat sich vielfacher Theilnahme und Unterstützung zu erfreuen gehabt, bis es den Nachtheil der ungünstigen, gegenwärtigen Zeitverhältnisse empfinden mußte. Stets bemüht, das Museum reichlich auszustatten, habe ich bedeutende Geldsummen auf das Inventar desselben verwandt, ohne bei jetziger Zeit durch Absatz der vielen, werthvollen Kunstsachen desselben für Erneuerung jenes Vorrathes sorgen zu können. Auf Empfehlung des Verwaltungs-Ausschusses des schlesischen Kunstvereins (Siehe B.) hat ein hohes Ministerium mir die Genehmigung ertheilt, 36 (unten verzeichnete) Original-Oelgemälde, welche laut Taxe von Sachverständigen einen Werth von 2500 Thalern haben (Siehe A) mit 2500 Loosen à einen Thaler auszuspielen.

Ich bitte ein hochgeehrtes Publikum dieses mein Unternehmen gütigst zu unterstützen, und mich dadurch in den Stand zu setzen, das Museum ferner zu erhalten und mit anziehenden Gegenständen auszustatten.

Breslau, im November 1848.

F. Karsch.

A. Zufolge einer eingegangenen Aufforderung bescheinigen die Unterzeichneten nach einer gemeinschaftlichen Beurtheilung, der von Herrn Karsch zu einer beabsichtigten Verloosung ausgewählten Original-Oelgemälde, daß sie mit der Abschätzung von 2500 Rthlr. vollkommen einverstanden sind. Zugleich schließen wir uns in Allem, was der schlesische Kunstverein Lobenswerthes und über die Dringlichkeit und Nothwendigkeit einer solchen Unterstützung für das Museum sagt, vollkommen an.

gez: **Mächtig. Resch. H. König.**

B. Der unterzeichnete Verwaltungs-Ausschuß des schlesischen Kunstvereins hat seit einer Reihe von Jahren die Nützlichkeit und zweckmäßige Einrichtung der in Breslau unter dem Namen Museum für Kunst und höhere Industrie von dem Kunsthändler Herrn Karsch begründeten und geleiteten Anstalt so vielfach und genau kennen gelernt, daß er es für Pflicht hält, bei Gelegenheit einer neuen, der Unterstützung und Förderung gewidmeten Maßregel, dieselbe dem Schutze einer hohen Verwaltungsbehörde, als auch der reichen Theilnahme aller Kunstfreunde zu empfehlen.

Obgleich das Museum des Herrn Karsch eine Privat-Anstalt ist, so ist dasselbe doch für das öffentliche Kunstleben unserer Stadt von entschiedener Bedeutung. Es bietet Gelegenheit, neue Erscheinungen im Gebiete der Kunst schnell kennen zu lernen, und dem Künstler die, seine Erzeugnisse schnell bekannt zu machen, es ist stets von dem Besitzer mit großem Fleiße und auf eigene Gefahr anziehend ausgestattet gewesen. Die ungünstigen Zeitverhältnisse aber würden diese Anstalt ihrem Untergange entgegenführen, wenn nicht eine außerordentliche Maßregel ihr für einige Zeit zu Hülfe kommt. Diese Maßregel ist nach dem Plane des Besitzers eine Ausspielung einer Anzahl von Oelgemälden, die sich im Museum zur Ausstellung befinden. Dieselben sind von ihm zum Werthe von 2500 Rthlr. veranschlagt und von einer Anzahl hiesiger Künstler als sachgemäß bezeugt worden.

Wir treten hiermit diesem Zeugnisse vollständig bei, nachdem wir die zu verlosenden, in besonderem Verzeichnisse angeführten und taxirten 36 Oelgemälde selbst geprüft haben, und können das Unternehmen des Herrn Karsch daher nur als in jeder Hinsicht der Förderung werth, nach unserer besten Ueberzeugung empfehlen. Breslau, am 11. Oktober 1848.

Der Verwaltungs-Ausschuß des schlesischen Kunst-Vereins.

Ebers. Heinke. Graf v. Hoverden-Plenken. Kahlert. Mächtig. Resch. Graf Leopold von Schaffgotsch. Sohr.

Verzeichniß der 36 Oelgemälde.

Nr.	Gemälde	Frdr.
1.	Hasenclever in Düsseldorf: Weinkeller, . . .	75 Frdr.
2.	Kirner in München: Italienische Gärtnerfamilie,	56 =
3.	A. Zimmermann in München: Alpenlandschaft,	40 =
4.	Lootse in München: Schafgruppe, ...	32 =
5.	Schall in Breslau: Verkündigung Mariä, . .	25 =
6.	Haushofer in Prag: Tyroler-Landschaft, . .	22 =
7.	Scheuren in Düsseldorf: Niederländische Landschaft, ...	22 =
8.	Max Zimmermann in München: Waldpartie,	12 =
9.	Schmidt in Berlin: Gebirgs-Landschaft, . .	12 =
10.	A. Zimmermann in München: Gebirgslandschaft,	12 =
11.	Freyhof in Potsdam: Mädchen einen Brief lesend, ...	8 =
12.	Spohler im Haag: Winter-Landschaft, . .	8 =
13.	Happel in Düsseldorf: Rhein-Landschaft, . .	7 =
14.	desgl. desgl.	7 =
15.	Hildebrand in Berlin: Strandgegend, . . .	7 =
16.	desgl. desgl.	7 =
17.	Schleich in München: Landschaft am Starenberger See, ...	6 =
18.	Stange in München: Norwegische Wassermühle,	6 =
19.	Bach in München: Verunglückte Schlittenfahrt,	4 =
20.	Sackstädter in München: Hochzeitsbitter, . .	4 =
21.	Röhl in Dresden: Spielende Kinder, . . .	3 =
22.	Zwingauer in München: Gebüsch mit Gewässer,	3 =
23.	Longho in München: Mondschein-Landschaft,	3 =
24.	desgl. desgl.	3 =
25.	Goldstein in Dresden: Italienische Landschaft,	3 =
26.	desgl. desgl.	3 =
27.	Schreiber in München: Zerstörte römische Wasserleitung, ...	3 =
28.	desgl. desgl.	3 =
29.	Schönfeld in München: Dom in Erfurt, . .	3 =
30.	Reinhardt in München: Winter-Landschaft mit Haasen, ...	3 =
31.	Rosenthal in München: Winter-Landschaft, .	3 =
32.	Braun in München: Liebeserklärung, . . .	3 =
33.	Meinert in Danzig: Blumenstück, ...	2 =
34.	Seydel in München: Abend-Landschaft, . .	2 =
35.	desgl. Morgen-Landschaft, . .	2 =
36.	Heidenreich aus Breslau in Berlin: Affentheater,	30 =

Morgen erscheint N. 11 der Evangel. Zeitblätter

herausgegeben von Senior **Krause,** Archidiakonus zu St. Bernhardin in Breslau.

Inhalt: Die freie Versammlung evangelischer Gemeinden zu Breslau am 1. Nov.) — Zwei Beschlüsse unserer National-Versammlung. — Der Verein für evangelische Kirchengemeinschaft. — Der Kirchentag zu Wittenberg. — Kirchliche Nachrichten (Berlin. Breslau. Würzburg. Aus dem Elsaß. Wien.)

Die Verlagshandlung **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau.**

Hierdurch beehre ich mich, einem verehrungswürdigen Publiko die ergebene Anzeige zu machen, daß ich meine

Haupt-Niederlage für Schlesien

mit dem Eintritt des Herrn **Herrmann Hammer** in das Geschäft des Herrn

Carl Friedrich Keitsch in Breslau

auch in diese ehrenwerthe Handlung verlegt habe.

Der Herr **Carl Friedrich Keitsch** ist von allen Sorten meiner

Dampf-Chokolade und Gesundheits-Präparate

mit großen Vorräthen versorgt, und auch im Stande, zu den **Fabrikpreisen** zu verkaufen. — Preislisten und Gebrauchsanweisungen werden stets gratis verabfolgt.

Frankfurt a. d. O., im November 1848.

J. G. Mielke,
Dampf-Chokoladen-Fabrik-Besitzer.

Mit Bezug auf vorstehende Annonce empfehle ich meine **Haupt-Niederlage** der so außerordentlich beliebten **Dampf-Chokolade** aus der Fabrik des Herrn **J. G. Mielke** in **Frankfurt a. d. O.,** und bemerke zugleich, daß ich nach dem Preis-Courant und mit dem üblichen Fabrik-Rabatt an Wiederverkäufer verkaufe.

Breslau, im November 1848.

Carl Friedrich Keitsch,
Stockgasse Nr. 1.

Erstes Concert des Künstlervereins

Donnerstag den 16. Nov., Abends 7 Uhr, im Musiksaale der Universität.

1) Sinfonie, G dur, von J. Haydn.
2) Violin-Concert, No. 18 E moll, von Kreutzer, vorgetragen von Herrn Concertmeister Rudersdorf.
3) Sinfonie, No. 7 A dur, von L. v. Beethoven.

Das Abonnement für die angekündigten vier Concerte beträgt für die Person 2 Rthlr. Der Eintrittspreis bei einzelnen Concerten 1 Rthlr. In allen hiesigen Musikalienhandlungen sind Subscriptionslisten ausgelegt.

Von jetzt ab empfehle wiederum **jeden Mittwoch** die allgemein beliebte **frische Blut-** und **Leberwurst** nach Berliner Art.

C. F. Dietrich, Schmiedebrücke Nr. 2.

Karlsstraße Nr. 22, 1ste Etage.

Von der Frankfurter a./O. Martini-Messe bin ich mit einem wohlassortirten Waaren-Lager zurückgekehrt, wobei ich mir erlaube, auf nachstehende Artikel aufmerksam zu machen:

Seidene Stoffe in den verschiedensten Branchen, sich zu Mänteln und Kleidern eignend.

Wolle Stoffe, als: Plaid, Lama, Napolitaine, Mousseline de laine und Cachemire-Roben.

Umschlagetücher in allen Größen, in Seide und Wolle.

Damen- und Herren-Cravatten, Echarpées, desgl.

Westen in Seide, Sammet und Wolle.

Piquées, dito Decken, feine Cachemir-Tischdecken in allen Größen und mehrere andere Artikel.

Sämmtliche Waaren bin ich im Stande ein Drittheil unter dem Fabrikpreise zu verkaufen, da ich selbige **nur en partie** eingekauft habe. Breslau, den 14. November 1848.

S. E. Sachs,
Karlsstraße Nr. 22, 1ste Etage.

Theater-Nachricht.

Mittwoch: **„Hans Heiling."** Große romantische Oper in 3 Akten nebst einem Vorspiele von Eduard Devrient. Musik von Heinrich Marschner.

Donnerstag, zum 2ten Male: **„Raphael Sanzio."** Romantisches Drama in fünf Akten von Dr. Anton Wollheim.

Verlobungs-Anzeige.

Wir beehren uns die Verlobung unserer Tochter Auguste mit Herrn Louis Sachs aus Münsterberg allen lieben Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen.

Oels, den 15. November 1848.

W. Bielschowsky und Frau.

Auguste Bielschowsky.
Louis Sachs.
Verlobte.

(Statt besonderer Meldung.)

Als Verlobte empfehlen sich:

Mathilde Trauttvetter.
B. Zwick.

Glatz, den 12. November 1848.

Todes-Anzeige.

Gestern entschlief sanft nach vielen Leiden unsere gute Frau und Mutter Caroline, geb. Löwenstein, tief betrübt, um stille Theilnahme bittend, widmen diese Anzeige Verwandten und Freunden:

Dr. Goldschmidt, als Gatte.
Otto, Clara, Ida Goldschmidt, als Kinder.

Breslau, den 14. November 1848.

Danksagung.

Den edlen Menschenfreunden, worunter besonders Herr Hauptmann v. Kluk in Görlitz, welche meinen durch einen Blutsturz in Folge Erkältung bei dem dort ausgebrochenen Feuer des Inquisitoriats plötzlich gestorbenen 19 Jahre alten Sohn Philipp, Jäger bei der 2ten Compagnie der 5ten Jäger-Abtheilung, mit ihrer Freundschaft wie während seines kurzen Aufenthaltes im Leben, so auch nach dem Tode durch Begleitung zur Grabstätte geehrt, sage ich, vom tiefen Schmerze erfüllt, meinen innigsten Dank.

Pleschen, den 12. November 1848.

Löbel Sternberg.

Botanische Section.

Donnerstag den 16. November, Abends 6 Uhr. Herr Gymnasiallehrer Dr. Körber: Beiträge zur Flora von Marienbad in Böhmen.

Verein Bresl. ev. Lehrer d. 16. XI. Verschiedene Berathungen.

Im alten Theater.

Wegen Einrichtung zur Heizung des Theaters keine Vorstellung bis den 16. d. M.

Schwiegerling.

Sowohl unserm vollständigen **Musikalien-Leih-Institut,** als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen **Lesebibliothek** können täglich neue Theilnehmer unter d. **billigsten Bedingungen** beitreten.
F. E. C. Leuckart in Breslau, Kupferschmiedestr. 13, Schuhbrück-Ecke.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:

1. Herrn Schneidermeister Joh. Schindler,
2. Fräulein Amalie Lampert,
3. Herrn Marcus Lewy,
4. Christiane Hain,
5. Frau Anderschen,
6. Herrn Hausbesitzer Johann Schäfer,
7. " Lieutenant von Tschirschki,
8. " Schuhmachergesellen Fr. Müller,
9. Fräulein Geurig,
10. Herrn Wagenbauer Fischer,
11. Frau Fiedler,
12. Herrn Lehrer Klein,
13. " Gastwirth Grauert,
14. " Montes,

können zurückgefordert werden.

Breslau, den 14. November 1848.

Stadt-Post-Expedition.

Allen meinen Freunden und Bekannten bei meiner Abreise ein herzliches Lebewohl.

Karl Friese, Bildhauer.

Wintergarten.

Heute, Mittwoch, **Abonnement-Concert.** Entree für Kinder 1 Sgr.

Kirmes in Rosenthal

Mittwoch den 15ten und Donnerstag den 16ten. Für gute Brat- und Leberwurst nebst anderen guten Speisen und Getränken habe ich bestens gesorgt und lade hierzu ergebenst ein. **Seiffert** in Rosenthal.

Das so sehr beliebte **Knochenfleisch** ist jetzt wieder täglich des Mittags von 12 bis 1 Uhr zu haben bei

C. F. Dietrich,
Schmiedebrücke Nr. 2.

☞ Einen tüchtigen **Amtmann,** verheirathet, in den dreißiger Jahren, mit vorzüglichen Zeugnissen versehen, kann ich nachweisen, resp. empfehlen.

Tralles, Messergasse Nr. 39.

Proklama.

Es ist das Aufgebot nachstehender verloren gegangener, acceptirter, gezogener Wechsel beantragt worden, als:

1) d. d. Warschau den 23. November 1847 über 500 Rthl., fällig den 23. Februar 1848, gezogen von S. A. Fränkel auf J. A. Franck hierselbst.
2) d. d. Stettin vom 21. Januar 1848 über 585 Rthl. 17 Sgr. 6 Pf., fällig den 21. April d. J., gezogen von der Vereins-Siederei zu Stettin, auf G. F. Lübbeck hierselbst.
3) d. d. Stettin vom 27. Januar d. J. über 601 Rthl. 25 Sgr., fällig den 27. Mai d. J., gezogen von der Vereins-Siederei zu Stettin auf Reinh. Sturm hierselbst.
4) d. d. Stettin vom 6. Dezember 1847 über 114 Rthl. 4 Sgr., fällig den 6. März d. J., gezogen von Runge und Comp. auf J. G. Plautze hierselbst, girirt an Karkutsch und Comp.
5) d. d. Stettin den 6. Dezember 1847 über 58 Rthl. 1 Sgr. 6 Pf., fällig den 6. März d. J., gezogen von Runge und Comp. auf Martin Hahn hierselbst.
6) d. d. Ohlau den 22. Dezember 1847 über 97 Rthlr. 15 Sgr., fällig den 15. März d. J., gezogen von F. J. Kristen auf H. Geiser hier.
7) d. d. Berlin den 6. Januar d. J. über 43 Rthl. 5 Sgr., fällig den 6. April d. J., gezogen von F. J. Henkel u. Cp. auf C. Steulmann hier.
8) d. d. Berlin den 6. Januar d. J. über 27 Rthl. 21 Sgr., fällig den 6. April d. J., gezogen von F. J. Henkel und Comp. auf Robert Hausfelder hier.
9) d. d. Stettin den 28. Novbr. 1847 über 1200 Rthl., fällig den 28. Febr. d. J., gezogen von Ferd. Koch auf J. J. Blochs Wittwe und Söhne.
10) d. d. Stettin vom 28. November 1847 über 1000 Rthl., fällig den 28. Februar d. J., gezogen von Ferd. Koch auf J. J. Blochs Wittwe und Söhne.
11) d. d. Glogau vom 1. Febr. d. J. über 200 Rthl., fällig den 1. Mai d. J., gezogen von Jakob Peiser auf Louis Liebermann, girirt an H. Moser; sämmtliche 11 Wechsel sind an das königliche Bank-Comtoir in Stettin und von diesem an das königliche Bank-Direktorium hierselbst girirt worden, und
12) d. d. Stettin den 19. September 1845 über 273 Rthl. 25 Sgr., fällig den 19. Dezember 1845, gezogen von H. Rohden auf D. Höniger hierselbst, zuletzt girirt an Ferdinand Hoffman hierselbst.

Es werden daher die Inhaber dieser Wechsel, dessen Erben, Cessionarien, Pfand- oder die sonst in seine Rechte getreten sind, zu dem auf den

19. Dezember 1848 Vormittag 10 Uhr,

vor dem Hrn. Stadt-Gerichts-Rath Schmidt in unserm Parteien-Zimmer anberaumten Termine hierdurch unter der Warnung vorgeladen, daß sie im Fall des Ausbleibens mit allen ihren Ansprüchen an die verlorenen Wechsel ausgeschlossen, ihnen ein ewiges Stillschweigen auferlegt, die Wechsel aber für amortisirt werden erklärt werden.

Breslau, den 23. August 1848.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der durch Verfügung vom 2. August d. J. über das Vermögen des Tapeten-Fabrikanten Robert Richard Hörder hierselbst eröffnete Concurs-Prozeß ist durch Verfügung von heut wieder aufgehoben worden.

Breslau, den 1. November 1848.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Holz-Verkauf.

In den zu den hiesigen Stadtgütern gehörigen Forsten sollen die für das Jahr 1848 und 1849 zum Abtrieb kommenden Hölzer und zwar:

zu Ransern, Breslauer Kreises, den 17. Novbr.,
zu Nieder-Stephansdorf, Neumarkter Kreises, den 4. Dezbr.,
und
Riemberg, Wohlauer Kreises, den 8. Dezbr. d. J.,

theils auf dem Stamm, theils eingeschlagen verkauft werden.

Die zum Verkauf kommenden Holzarten bestehen im ersten Revier außer einigen Eichen und Buchen vorzugsweise aus verschiedenen Strauchhölzern, im zweiten Revier in Eichen- und Stamm- und Nutzholz, so wie in verschiedenen Unterhölzern, im dritten Revier dagegen in Kiefern- und Fichten-Bauholz und Reisig.

Kauflustige werden daher hiermit eingeladen, sich in gedachten Terminen

früh um 9 Uhr

bei den betreffenden Forst-Beamten in den genannten Revieren mit genügenden Geldmitteln versehen zu melden, da ⅓ des abgegebenen Gebotes baar im Termine gezahlt werden muß.

Breslau, den 1. Novbr. 1848.

Die städtische Forst- u. Oekonomie-Deputation.

Ein sehr gut gehaltener Kirschbaum-Flügel steht billig zu verkaufen: Neuegasse Nr. 19, dritte Etage.

C. F. Drechsel, aus Grünhainichen in Sachsen,

empfiehlt zu dem bevorstehenden Breslauer Elisabet-Markt sein assortirtes Lager von Spielwaaren, welches mit vielen neueren Artikeln vermehrt ist, zu den Preisen, wie solche in den Leipziger Messen verkauft werden, unter Versicherung reeler Bedienung. Sein Lager ist auf der Reuschenstraße in den drei Linden.

Das Oelgemälde: Madonna de la Sedia

wird heute über 14 Tage unter 220 Nummern im Wintergarten verlooft, es sind noch Loose à 10 Sgr. zu haben, im Wintergarten und in der Kunst- und Musikalienhandlung der Herren **Bote** und **Bock,** Schweidnitzerstraße Nr. 8. **A. Krafft,** Maler.

Bekanntmachung.

Es ist das Bezirkssiegel des neuen Welt-Bezirks, nachdem es sich von seinem hölzernen Hefte gelöst, verloren gegangen.

Das Siegel selbst, von Messing, enthält außer der Bezeichnung des Bezirks, das hiesige Stadtwappen.

Indem wir dies bekannt machen und vor Mißbrauch warnen, fordern wir denjenigen, welcher das Siegel gefunden haben sollte, hiermit auf, dasselbe an unsere Rathhaus-Inspektion abzugeben.

Breslau, den 7. November 1848.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Verpachtungs-Anzeige.

Die Ueberfuhren über die Oder zwischen Neuscheitnig und dem diesseitigen Ufer, und zwar:

a) unterhalb der Ziegelbastion nach der Gräupnerstraße, und
b) oberhalb des Schwimmplatzes am städtischen Holzhofe nach der Ufergasse,

sollen beide zusammen, oder auch jede einzeln auf 3 Jahre vom 1. Januar 1849 bis ult. Dezember 1851 anderweitig verpachtet werden.

Pachtlustige werden eingeladen, in dem deshalb auf

den 28. Novbr. d. J. Nachmittags 5 Uhr

auf dem rathhäuslichen Fürstensaale anberaumten Verpachtungs-Termine ihre Gebote abzugeben.

Die Pachtbedingungen können in der Rathsdienerstube eingesehen werden.

Breslau, den 24. Oktober 1848.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Ediktal-Citation.

Ueber das Vermögen des Kaufmann und Buchhändlers Carl Friedrich Appun hierselbst, zu welchem das Haus Nr. 182 des Hypothekenbuches hiesiger Stadt gehört, ist von uns durch Kontumatial-Bescheid vom gestrigen Tage der Konkurs eröffnet. Sämmtliche Gläubiger des Gemeinschuldners werden zur Anmeldung und Nachweisung ihrer Ansprüche auf den

20. Dezember d. J. Vorm. 9 Uhr

in unser Parteienzimmer vor den unterzeichneten Richter unter der Warnung vorgeladen, daß diejenigen, welche in diesem Termine weder persönlich noch durch zuläßige Bevollmächtigte erscheinen, mit allen ihren Forderungen an die Konkursmasse präkludirt und ihnen deshalb, gegen die übrigen Kreditoren ein ewiges Stillschweigen wird auferlegt werden. Den auswärtigen Gläubigern werden für den Fall mangelnder Bekanntschaft, die bei uns zur Praxis befugten Herren, Justiz-Kommissarius Nimmer hierselbst und Justiz-Rath Franzky zu Löwenberg zu Mandatarien vorgeschlagen. Auch werden auswärtige Gläubiger gemäß § 97 der Konkursordnung aufgefordert, zum Betriebe der Sache hier einen Bevollmächtigten zu bestellen, an den sich das Gericht halten kann, da sie sonst bei vorkommenden Deliberationen und abzufassenden Beschlüssen der übrigen Gläubiger nicht weiter zugezogen werden, vielmehr angenommen werden wird, daß sie sich den Beschlüssen der übrigen Gläubiger und den Verfügungen des Gerichts unterwerfen.

Bunzlau, den 11. August 1848.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.
Der Richter: gez. Seydel,
Land- und Stadt-Gerichts-Rath.

Herrenstraße-Ecke, bei den Mühlen, ist ein Quartier zu vermiethen, beim Herrn **Kowalsky** zu erfragen.

Neue Schottenheringe

offeriren billigst: **Beyer u. Comp.,** Albrechtsstraße Nr. 14.

Offerte für Gärtner.

Ein großer **Gemüsegarten** ist baldigst zu verpachten.

Näheres Vorwerksstraße Nr. 19.

Eine sehr gute gezogene **Büchse** mit sehr kleinem Kaliber, ist zum Verkauf: Schmiedebrücke Nr. 23, in der Barbierstube.

Es empfiehlt sich zur Vertilgung von Ratten, Mäusen, besonders aber Schwaben ohne Anwendung von Gift:

C. W. Schubert, konceff. Kammerjäger.
Margarethengasse Nr. 10.

☞ Damenmäntel in Plaid u. Napolitaine.
☞ Damenmäntel in Cachemir und Lama.
☞ Damenmäntel in Seide.
☞ Damen-Bournusse und Kindermäntel in allen Größen.
☞ Ordinäre Damenmäntel von 4 und 5 Rthlr. ab sind in größter Auswahl und verschiedenen Stoffen fortwährend zu haben in der Damen-Mäntel-Fabrik von

Hamburger und Comp.,
Schweidnitzerstraße 51, Stadt Berlin.

Eine Kräuterei

zu verpachten.
Näheres Vorwerksstraße Nr. 19.

Heut empfange wiederum eine bedeutende Sendung von

ächt elbing. Neunaugen,

bester Röstung, und empfehle à Stück 1 Sgr., 12 Stück für 11 Sgr., das $\frac{1}{16}$ Fäßchen, 90 Stück enthaltend, für 2 Rtlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Heinrich Kraniger,

Karlsplatz Nr. 3, am Pokoyhof.

Mehrere Handlungs-Lehrlinge können in das Spezerei-Geschäft sofort antreten. Näheres bei **C. A. Bartsch,** Reuschestr. 2.

Eine Schmiedewerkstatt

zu vermiethen.
Näheres Vorwerksstraße Nr. 19.

Ein Lehrling zur Bäckerei kann sich melden Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 60, in Breslau.

Marstallgasse Nr. 2, zwei Stiegen, steht ein Koch- und Bratofen äußerst billig zu verkaufen.

Zu vermiethen und sofort zu beziehen für einen einzelnen Herrn ist Reuschestr. Nr. 51, vorn heraus, in der 2ten Etage, eine elegante Stube.

Sandstraße 12, 1ste Etage, ist ein möblirtes Zimmer zu vermiethen.

Zu vermiethen sind Heiligegeiststr. Nr. 21 verschiedene kleine Wohnungen, neu gemalt, an der Promenade. Näheres Sandstraße 12, 1ste Etage.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Oberamtm. Braune a. Rothschloß. Gutsbes. Graf v. Hohenthal a. Dresden. Gutsbes. Jop a. Oesterreich. Frl. Bichan, k. k. Hofstallmeister Baron v. Selling u. Schauspieler Kannetz a. Wien. K. k. Oberst Graf v. d. Schulenburg a. Sagan. Baumeister Schultze a. Görlitz. Herr Knosp a. Stuttgart.

Breslauer Getreide-Preise

am 14. November.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	58	Sg.	53	Sg.	46	Sg.
Weizen, gelber	56	"	51	"	44	"
Roggen......	33	"	30	"	27	"
Gerste......	25	"	23	"	20	"
Hafer	16	"	15	"	14	"

Breslau, den 14. November.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $96\frac{1}{2}$ Br. Kaiserliche Dukaten $96\frac{1}{2}$ Br. Friedrichsd'or $113\frac{3}{4}$ Gld. Louisd'or 113 Gld. Polnisches Courant 94 Br. Oesterreichische Banknoten $94\frac{1}{4}$ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. $3\frac{1}{2}$% 74 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 95 Br., neue $3\frac{1}{2}$% $77\frac{5}{6}$ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. $3\frac{1}{2}$% 89 Br., Litt. B 4% $91\frac{3}{4}$ Br., $3\frac{1}{2}$% $81\frac{1}{2}$ Br. Polnische Pfandbriefe 4% alte $89\frac{1}{4}$ Gld., neue $89\frac{1}{4}$ Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% $85\frac{3}{4}$ Br. Oberschlesische $3\frac{1}{2}$% Litt. A $88\frac{1}{4}$ Br., Litt. B $88\frac{1}{4}$ Br. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% 67 Br. Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% $73\frac{1}{2}$ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $37\frac{1}{4}$ Br.

Berlin, den 13. November.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% 74 Gld., Prior. $4\frac{1}{2}$% 89 Br. Niederschlesische $3\frac{1}{2}$% 67 Br., Prior. 4% $81\frac{1}{2}$ Br., Prior. 5% 94 bez., Ser. III. 5% $88\frac{1}{4}$ bez. Oberschlesische $3\frac{1}{2}$% Litt. A 88 Br., Litt. B 88 Br. Rheinische $50\frac{1}{4}$ Br., Prior.-Stamm 4% 66 Br. Stargard-Posener 4% 65 Br. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 37 à $37\frac{1}{2}$ bez. u. Br. — Geld- und Fonds-Course: Staats-Schuld-Scheine $3\frac{1}{2}$% 74 etw. bez. u. Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. $91\frac{1}{2}$ Br. Posener Pfandbriefe 4% 95 Br., neue $3\frac{1}{2}$% $77\frac{3}{4}$ Br. Schlesische Pfandbriefe $3\frac{1}{2}$% $89\frac{1}{2}$ Br. Friedrichsd'or $113\frac{5}{6}$ bis 114 bez. u. Gld. Louisd'or $113\frac{1}{8}$ Gld. Polnische Pfandbriefe 4% neue $89\frac{1}{2}$ Gld.

Obgleich das Geschäft heute nur sehr unbedeutend war und sich preußische Staats-Schuld-Scheine, so wie mehrere Aktien niedriger stellten, so war die Stimmung doch im Ganzen keine ungünstige und die Course ziemlich fest.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. Redakteur: Nimbs.